Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4060 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168. Freitag, den 21. Juli 1899. 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Heimstättenillusionen.

Die Bewegung für ein Heimstättengesetz in Deutschland gewinnt an Aussicht, seitdem die starke Zentrumspartei im deutschen Reichstag herrscht. Kurz vor der Vertagung hat noch eine Reihe Abgeordneter, darunter auch Zentrumsmitglieder, unter der Führung des Dr. Lieber, einen Antrag auf Schaffung von Heimstätten in Deutschland eingebracht. Die Motive, die zur Errichtung von Heimstätten führen, können verschiedenartig sein. Die Forderung ist schon erhoben worden im Interesse des Kleinbauernstandes; man hat ferner durch Heimstätten schon auf die Beseitigung der Arbeiternoth auf dem Lande hinwirken wollen. Einen besonders weitherzigen Standpunkt nehmen aber diejenigen Verfechter der Heimstättenidee ein, die womöglich jedem Deutschen seine Heimstätte zugedacht haben gleichsam als sicheren und unentreißbaren Rückhalt im Kampf ums Dasein. Letzteres Motiv nimmt sich ja recht fürsorglich aus, zeigt aber auch sofort die völlige Unausführbarkeit der Idee. Nicht nur, daß die Durchführung eines solchen Beginnens an dem Arealmangel allein schon scheitern müßte, sie würde auch zu einer Zersplitterung von Grund und Boden führen und nicht einen Fortschritt, sondern direkten Schaden in wirthschaftlicher Beziehung bringen. Gerade der wirthschaftliche Gesichtspunkt ist es, unter dem wir den Heimstättenplan hier beleuchten wollen. Der Plan ist in jeder Form höchst unwirthschaftlich und führt zu einer Vergeudung menschlicher Arbeit und zu einer Zersplitterung der Produktionsmittel, zu einer Ausscheidung vieler Existenzen aus dem wirthschaftlichen Prozeß der Arbeitstheilung. Schon heute können wir in der Praxis die Nachtheile mangelnder oder ungenügender Arbeitstheilung in allen den Gegenden erblicken, wo entweder der Bauer fast ausschließlich nur Eigenwirthschaft treibt, nicht für den Verkauf an andere, sondern in der Hauptsache für seinen eigenen Bedarf produzirt, oder wo Industriearbeiter neben ihrer beruflichen Arbeit noch Landwirthschaft im Nebenberuf treiben. Diese beiden Fälle würden auch für Heimstättenbesitzer typisch. Entweder würden sie sich zu Kleinbauern, oder aber zu Industriearbeitern mit landwirthschaftlich verwerthbarem Grundbesitz entwickeln. Die nämlichen wirthschaftlichen Nachtheile, die sich also schon heute innerhalb der bestehenden Besitzverhältnisse finden, würden vermehrt und noch verstärkt werden. Gerade diejenigen Parteien und Kreise, die für Heimstätten eintreten und dabei immer die Interessen der Landwirthe in den Vordergrund stellen, leiden an einer unbewußten Geringschätzung des Grund und Bodens als des wichtigsten Produktionsmittels für die Landwirthschaft. Die Agrarier heben bewegliche Klagen über den Rückgang der Landwirthschaft an, aber sie vergessen darüber, daß ihre Agrarpolitik sich auf Irrwegen befindet, die nothwendig zu einer Unrentabilität der Landwirthschaft führen müssen. Grund und Boden können wir als das wichtigste Produktionsinstrument für die Landwirthschaft ansehen, das in der Weise auszunutzen ist, daß der höchst mögliche Ertrag von der landwirthschaftlichen Fläche unter Anwendung von möglichst wenig menschlicher Arbeitskraft erzielt wird. Wird dieser Grundsatz an die Spitze der Agrarpolitik gestellt, so muß man zur Verurtheilung aller Heimstätteuideen gelangen. Aus dem Grundsatze ergiebt sich unter Berücksichtigung moderner Wirthschaftsverhältnisse des weiteren, daß auch in der Landwirthschaft für den Verkauf an andere produzirt werden muß, soll einestheils nicht ein großer Theil der Bevölkerung aus dem modernen Wirthschaftsprozesse ausgeschieden werden, anderntheils die Landwirthschaft im Stande sein, möglichst viele Menschen zu ernähren. Es ist ein wirthschaftlicher Nachtheil, daß heute noch weite Gegenden in Deutschland existiren, wo der Kleinbauer in der Hauptsache nur für seinen Haushalt und nicht für die allgemeine Wirthschaft produzirt. Einen ungeheuren Fortschritt in unserem Wirthschaftsleben bedeutet die Arbeitstheilung: sie steigert die Intensität der Arbeit, sie wirkt produktiver. Der für sich wirthschaftende Kleinbauer kennt diese Arbeitstheilung nicht; sein eigen Stück Land ist gleichsam dem allgemeinen wirthschaftlichen Prozeß, der auf Wechselwirkung zwischen Landwirthschaft und Industrie, Handel und Verkehr beruht, entzogen, damit aber auch der Kleinbauer selbst, dessen Lebenshaltung denn auch ergiebt, daß er nur sehr langsam seine Lebensbedürfnisse zu bessern, zu modernisiren vermag. Er sitzt auf seiner Scholle und baut sich seinen eigenen Kohl nach ererbter Väterfitte; so fleißig er dabei auch ist, nie ist er im Stande, in der Hauptsache für andere zu produziren. Man denke sich den Zustand solcher Wirthschaften für den eigenen Haushalt weiter verbreitet und verallgemeinert, dann hätten wir eine Masse von wirthschaftlichen Einzelexistenzen, die ziemlich zusammenhanglos, jede für sich, ohne gegenseitigen Austausch der Produkte für den eigenen Bedarf thätig wären: — wir hätten das Lächerliche eines Heimstätten-ideals vor unseren Augen. Die Landwirthschaft wäre nicht im Stande, die die in Industrie, Handel, Verkehr und in den anderen Berufen, die auf dem Grundsatze der Arbeitstheilung beruhen, thätig sind, zu ernähren oder ihre Leistungen zu bezahlen. Gerade in umgekehrter Richtung muß vielmehr die Agrarpolitik gehen: der für seinen eigenen Bedarf wirthschaftende Bauer muß der kaufmännischen Betriebsweise für den Verkauf Platz machen. Eine solche Entwicklung ist um so nöthiger, soll die deutsche Landwirthschaft ertragreicher gemacht werden. All das Bodenreal, das die Summe dieser einzelwirthschaftenden Bauern umtreibt, ist einem fortschrittlichen Betriebe der Landwirthschaft hinderlich und entzogen.

Die gleichen Ausführungen gelten aber auch von demjenigen Bodenareal, das auf dem Lande von Industriearbeitern bewirthschaftet wird. Es ist kein Zeichen fortgeschrittener wirthschaftlicher Entwickelung, daß die Industriearbeiter auf dem Lande meist in der Lage sind, billiger zu arbeiten, wie die Arbeiter in den eigentlichen Industriecentren. Es schafft dies eine recht ungesunde Konkurrenz sowohl zwischen den Fabrikanten wie zwischen den Arbeiten. Eine Gleichmachung der Produktionsbedingungen für ein und dieselbe Waare ist dadurch zwischen Stadt und Land ausgeschlossen; der Fabrikant auf dem Lande kann seine Konkurrenz in der Stadt leicht unterbieten und damit auch jede Lohnbewegung in der Stadt in ihrem Erfolge hemmen. Wodurch allein ist nun diese gefährliche Konkurrenz möglich? Einfach, weil die ländlichen Arbeiter neben ihrem eigentlichen Hauptberufe noch ein Stück Land besitzen, auf dem sie sich die allernothwendigsten Lebensmittel, und wären es nur Kartoffel und Gemüse, selbst bauen. Dazu füttern sie im Winter noch ihr Schwein und haben so für den ihnen nöthigen Fleischbedarf gesorgt. Diese Nebenarbeit kostet aber Zeit und Mühe, es liegt bei dieser Nebenbeschäftigung genau so Arbeit war, wie bei ihrer Thätigkeit in der Fabrik, wenn sie auch nicht mit Geld, sondern mit Naturalien als dem Ertrag der Arbeit entlohnt wird. Die industrielle Arbeit in der Fabrik kann nun auf dem Lande billiger entlohnt werden, weil der ländliche Arbeiter durch seine Ueberarbeit in der Landwirthschaft noch hinzuverdient, um den Verdienst zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes zu sichern. Es mag zugegeben werden, daß diese Vereinigung von zweierlei Thätigkeiten dem ländlichen Industriearbeiter eine größere Sicherheit der Existenz garantirt, wie sie der Industriearbeiter kennt. Aber wirthschaftlich ist diese Vereinigung ein großer Nachtheil, indem die Intensität der einen Arbeit unter der anderen leidet. Ja, wir behaupten, der ländliche Industriearbeiter kommt nur durch eine ungewöhnlich lange, sich über das ganze Jahr vertheilende Ueberarbeit zu der oben gekennzeichneten Sicherheit seiner Existenz. Wenn man berechnet, wieviel Arbeitskraft er noch neben seinem Hauptberufe auf sein Stück Land verwendet und dessen schließlichen Ertrag in Geldeswerth umsetzt, so dürfte sich ergeben, daß seine in der Landwirthschaft nebenbei geleistete Ueberarbeit lächerlich gering bewerthet ist. Setzt man aber die Arbeit höher im Werthe an, so ergiebt sich, daß es viel gescheiter wäre, die landwirthschaftliche Nebenthätigkeit einzustellen, da die nöthigen Produkte dann viel billiger vom Markte käuflich bezogen werden könnten. Wir haben hier nicht die Gründe zu erörtern, warum letzteres noch nicht geschieht; aber so viel ist sicher, daß die industrielle Arbeit auf dem Lande infolge dieser Umstände lange nicht so intensiv sein kann wie in der Stadt. Wohl aber steht fest, daß auch hier wieder eine ziemlich erhebliche Fläche Bodenareals in kleinen, zersplitterten Betrieben unter Vergeudung einer Unmenge von Arbeitskraft bewirthschaftet wird, während im Sinne eines fortgeschrittenen landwirthschaftlichen Betriebes dieses Areal besser und billiger ausgenutzt werden könnte. Nun denke man sich durch Heimstätten auch diese Zersplitterung und Arbeitsvergeudung noch weiter getrieben, und man wird erkennen, daß der Gedanke von Heimstätten angesichts der Lage der deutschen Landwirthschaft ein durchaus schädlicher ist.

Man verweist uns vielleicht auf das Vorgehen anderer Länder, die Heimstätten kennen. Die Vereinigten Staaten, gewiß ein wirthschaftlich fortschrittliches Land, haben doch auch dieses Institut. Man vergißt bei solchen Vergleichen indes, daß in den Vereinigten Staaten selbst heute noch ein solcher Ueberfluß von landwirthschaftlichem Areal vorhanden ist, daß sie sich den Luxus von Heimstätten leisten können. Ob dort eine große Fläche Landes noch ziemlich unproduktiv bewirthschaftet wird oder nicht, ist angesichts der heutigen Bevölkerungsziffer der Vereinigten Staaten noch ziemlich gleichgültig. Wohin aber eine konsequente Heimstättengesetzgebung bei steigender Bevölkerungszahl führt, beweist uns China, das eine ähnliche Einrichtung gleichfalls kennt. Dort sind die einzelnen Flächentheile mit der zunehmenden Bevölkerung so klein geworden, daß die Heimstätte schon bis auf die Fläche für einen einzigen Baum zusammengeschrumpft ist. Wenn auch in Deutschland eine solche Perspektive ausgeschlossen sein dürfte, so würden wir doch durch eine weitere Zersplitterung des Bodenareals der Leistungsfähigkeit unserer Landwirthschaft großen Eintrag thun und eine Entwickelung fördern, die allen erprobten Grundsätzen moderner Wirthschaftspolitik ins Gesicht schlüge. Auch die Landwirthschaft muß kaufmännisch für den Markt betrieben werden, sie muß und wird sich aus Gründen der Konkurrenz genöthigt sehen, den ihr zur Verfügung stehenden Boden sparsam und billig und möglichst ertragreich auszunützen. Bei der Verfolgung dieses Zieles stehen ihr aber Heimstättenbetriebe hinderlich im Wege.

R. Calwer.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein beförderter Umsturzkämpfer. Der Geheime Ober-Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium des Innern von Philipsborn ist zum Regierungs-Präsidenten in Hildesheim ernannt worden. — Der also Beförderte war einer der eifrigsten Arbeiter auf dem Gebiete der gesetzgeberischen Ausrottung der Sozialdemokratie. Man sagt ihm sogar die Vaterschaft der Umsturzvorlage nach.

Woher kommt das Geld für die „gelben Hefte" der Berliner „Schriftenvertriebs-Anstalt"? Diese Frage ist noch nicht beantwortet. Daran, daß die Mitglieder dieser Anstalt das Geld aus Eigenem aufgebracht haben, will Niemand recht glauben. Ja dafür, daß einzelne der von uns bereits genannten Geldgeber kein Geld haben können oder dürfen, dafür kann der „Vorwärts" in einem Falle den Beweis führen. Unter den Gesellschaftern dieser Gesellschaftsrettungs-Fabrik befindet sich auch ein Kaufmann — im Adreßbuch nennt er sich Redakteur — Wilhelm Fahrenhorst. Dieser Mann, der mit den Hülle, Grafen Douglas und Professor Lasson mit beschränkter Haftung das Vaterland von dem Terrorismus der Streikbrüder zu retten sucht, ist auch ein recht bekannter Namen, weniger in Berlin, wohl aber in Magdeburg. Fahrenhorst gehörte in Magdeburg zu den hervorragendsten Ordnungsstützen. Er betrieb mit seinem Schwager Oscar Schmidt, Hauptmann der Landwehr und General in der Armee der Erzfrommen, zusammen ein Kolonialwarengeschäft. Im Winter 1894-1895 ging Schwager Schmidt plötzlich auf Reisen und in seiner Begleitung die Lotteriegelder, die er verwaltete. Dafür hinterließ er eine große Schuldenlast. Schmidt wurde zwar staatsanwaltlich verfolgt, ist aber bis zum heutigen Tage nicht gefunden worden. Infolge der Flucht brach die Firma Löwe u. Fahrenhorst in der Heiligegeiststraße zu Magdeburg zusammen. Auch Fahrenhorst wurde verfolgt und schließlich ziemlich spät nach dem Krach in Berlin vor Gericht gestellt und wegen Bankrotts bestraft. Ueber die Gerichtsverhandlung liegt folgender Bericht des „Magdeburger General-Anzeigers" vor:

Der frühere Kaufmann, jetzige Redacteur Wilhelm Fahrenhorst in Berlin, geboren 1843, war Mitinhaber der hiesigen Firma Löwe u. Fahrenhorst, die in der Heiligegeiststraße 28 ein Kolonialwaren-Geschäft en gros betrieb und über deren Vermögen am 13. August 1895 Konkurs eröffnet wurde, nachdem der zweite Gesellschafter Schmidt am 14. Februar 1895 flüchtig geworden war. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, die

Handelsbücher, namentlich das Kassabuch so unordentlich geführt zu haben, daß ein ausreichendes Bild über den Kassenverkehr nicht zu finden war. Die Aktivmasse betrug 130946 Mark, die Schuldenmasse dagegen 549588 Mark. Fahrenhorst behauptet, er habe nicht gewußt, daß das Geschäft schon seit Jahren mit Unterbilanz arbeitete und die Bücher falsch geführt, zum Theil auch bei Seite geschafft seien. Sein Schwager Schmidt, dem die alleinige Führung des Kassabuches oblag, habe derartiges Vertrauen genossen, daß er, — Fahrenhorst — der den ganzen großen Außenverkehr besorgte, sich nicht näher darum gekümmert habe. Es habe ein Geheimbuch existirt, das die Mängel im Kassabuche beseitigte. Die zum Haushalte jährlich entnommenen 10 200 Mark seien mit Rücksicht auf die kranke Frau und die studirenden drei Söhne kein übermäßiger Aufwand gewesen. Zur Vertheilung unter die Gläubiger werden etwa 40 Prozent gelangen. Der Gerichtshof erachtete auf Grund der Verhandlung die Schuld des Angeklagten für erwiesen und erkannte auf 14 Tage Gefängniß.

Wenn Wilhelm Fahrenhorst seine Schuld, die er als Gesellschafter eines Kolonialwaaren-Geschäfts auf sich geladen — er konnte sich glücklicher Weise mit seinem flüchtigen Schwager etwas entlassen — nunmehr als Gesellschafter eines Staatsrettungsgeschäfts in Gemeinschaft mit Predigern, Grafen, Professoren und Oberregierungsräthen zu entsühnen sucht, so haben wir nichts dagegen. Aber Geld kann er nicht für die heilige Sache beitragen. Wenigstens würde er es, wenn er es besäße, wohl zweckmäßiger für Bezahlung seiner Schulden als zum Schutze der Arbeitswilligen verwenden. — Also: woher stammen die Agitationsmittel für die „gelben Hefte"?

Rückwärtsler an der Arbeit. Der 14. Rheinische Handwerkertag tagte, wie berichtet wird, am 16. Juli in Steele. Hauptreferent war der ultramontane Reichstagsabgeordnete Euler-Bensberg. Es wurden verschiedene sehr interessante Resolutionen angenommen.

1. Der Handwerkertag stellt sich auf den Boden des Handwerkergesetzes vom 26. Juni 1897 und ersucht die rheinischen Handwerker, sich möglichst bald in Innungen — insbesondere in Zwangsinnungen — zu organisiren, damit die Grundlage zur Errichtung der Handwerkskammern vollendet wird. Es wird der einmüthige und feste Zusammenschluß im rheinischen Handwerkerbunde empfohlen, damit mit vereinter Kraft dahin gestrebt werde, daß die noch ausstehenden Forderungen — insbesondere die Einführung des Befähigungsnachweises, wenn auch vorläufig nur als Vorbedingung zum Halten und Anleiten von Lehrlingen, gesetzlich festgelegt werden.

Gegen die Gewerbevereine, welche weitere Ausdehnung der Gewerbefreiheit forderten, richtete sich folgende Resolution:

2. Der Handwerkertag erhebt entschieden Protest dagegen, daß die Gewerbevereine, insbesondere die Zentralleitung in Köln, die Innungsbildung mit allen Mitteln bekämpfen, den Handwerkerstand zu bevormunden suchen . . . er erklärt, sich von den Gewerbevereinen, die unsere Bestrebungen Zunftzopf (sehr richtig! Red. d. V.) nennen, nicht beeinflussen zu lassen, sondern zu arbeiten, um nicht Gewerbekammern, sondern richtige Handwerkerkammern zu erhalten.

Unter „richtige" Handwerkerkammern verstehen die Herren Zünftlerkonvente. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit der Gefängnißarbeit. Es wurde verlangt, daß in Gefängnissen nur gesundheitsschädliche Arbeiten (!!) angefertigt würden; außerdem sollten die Gefangenen nur Arbeiten für eigene Bedürfnisse und solche für das Heer anfertigen. Für eine Verstaatlichung der gesundheitsschädlichen Fabriken, wie Bleiweiß-, Spiegelglas-, Zündholz- 2c. Fabriken sprach sich der Abgeordnete Euler aus, damit die Gefangenen in diesen untergebracht werden könnten. — Auch ein Menschenfreund, und noch dazu ein ultramontaner! Herr Euler scheint von der sittlichen Bedeutung der Strafe mehr als sonderbare Begriffe zu haben.

Auf dem todten Punkt. Herr Liebermann von Sonnenberg schreibt in seinen „deutschsozialen Blättern":

„Es unterliegt keinem Zweifel, und es wäre thöricht, wenn man sich in unseren Parteikreisen darüber einer Selbsttäuschung hingeben wollte, daß die große nationale antisemitische Bewegung im Deutschen Reiche augenblicklich auf einem todten Punkt angekommen ist, der überwunden werden muß."

Die „große nationale antisemitische Bewegung" ist schon lange auf dem Hund oder wie sich der Edle von Sonnenberg ausdrückt, auf dem todten Punkt. Und das trotz des neuen Sterns am Antisemitenhimmel, des hell strahlenden Dreschgrafen!

Der Fall Schiller wurde Dienstag Abend in der hessischen zweiten Kammer erörtert. Die Abgg. Dr. David (SD.) und Genossen hatten folgende dringliche Anfrage an die Regierung eingebracht:

1. Aus welchen Gründen ist die Pensionirung des Geheimen Oberschulraths Professor Dr. Schiller erfolgt? 2. Ist die event. Wiederanstellung dieses um das hessische Schulwesen so hoch verdienten Mannes in Aussicht genommen, im Falle daß das gegen ihn eingeleitete Disziplinarverfahren einen zureichenden Grund zur straffreien Pensionirung nicht ergiebt? 3. Welche Maßregeln gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die bloßgelegten Schäden unseres höheren Schulwesens einer gründlichen Heilung entgegenzuführen?

Staatsminister Rothe beantwortete die Interpellation dahin, daß bei der Kürze der Zeit die Regierung der Frage nicht die Sorgfalt habe widmen können, die sie in Anbetracht der Wichtigkeit verdiene. Nach Artikel 13 des Edikts von 1820 über die öffentlichen Dienstverhältnisse der Beamten habe die Regierung das Recht, jeden Staatsbeamten vermöge Verfügung der obersten Staatsverwaltung zu jeder Zeit in den Ruhestand zu versetzen. In diesem Falle habe der Großherzog von dem Rechte Gebrauch gemacht, weil die Art, in der Geh. Oberschulrath Dr. Schiller sich der Presse zu seinen Veröffentlichungen bedient habe, mit der Ordnung im Staatsdienste nicht verträglich sei. Ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet werde, sei noch nicht entschieden. Die Wiederanstellung halte die Regierung für ausgeschlossen. Ueber Maßregeln, die zur Beseitigung etwaiger Schäden im Schulwesen zu ergreifen seien, sei sich die Regierung noch nicht schlüssig geworden. — Von allem Anderen abgesehen, wirft diese Erklärung auf die hessischen Rechtszustände ein merkwürdiges Licht. Darnach kann also die Regierung nach Belieben jeden Beamten seiner Stellung entheben, ohne es nöthig zu haben, ein ordentliches Disziplinarverfahren einzuleiten. — Ueber die Steuerreform ist zwischen Regierung und Kammern Einigkeit erzielt. Die Regierung konzedirt die Progression der Einkommensteuer bis zu 4,94 pCt. Die Junggesellensteuer ist abgelehnt, die Radfahrsteuer angenommen. Der Fideikommißstempel, den die Zweite Kammer auf 10 pCt. festgesetzt hatte, wird auf 4 pCt. ermäßigt. — Mittwoch Nachmittag schloß der Großherzog mit der üblichen Thronrede die Session des Landtags.

Schule und Erntearbeit. Die Schularbeit wird in Ostpreußen gegenwärtig durch die Kinderarbeit sehr beeinträcht. Täglich fehlen in einer Klasse 10 bis 15 Schüler und darüber. Auf die Frage nach ihrer Beschäftigung erhält der Lehrer zur Antwort: „Ripsausreiten, Rübenhacken, Heuharken usw.! Und das alles für 50 Pf. pro Tag, ohne Kost. Hierzu bemerkt die die „Preuß. Lehrerztg.": „Ja, wenn die Neigung zum Geldverdienen bei der Schuljugend nicht so groß und die „Noth" der Agrarier nicht noch größer (?) wäre! Da schreiben sie, nämlich die Agrarier, an die Schulinspektoren, und in entgegenkommendster Weise werden die Kinder „bewilligt". Was sagt aber die Schule dazu? Nun, die Schule muß sich ins Unvermeidliche fügen. Sie muß zufrieden sein, wenn die Schüler erscheinen, ohne die wenigen häuslichen Schularbeiten auch nur angesehen zu haben. Eine Durchnahme frischen Stoffes ist unmöglich, weil die eine Hälfte nicht hört, was die andere lernt. Es tritt ein förmlicher Stillstand in den Unterrichtserfolgen ein. Und wie prächtig gedeihen die erziehlichen Erfolge unter dem Gesinde auf dem Felde!"

Techniker und Brandstifter. Aus Limbach in Sachsen wird berichtet: Zwei Schüler des Technikums, Nickel aus Crimmitschau und Claisé aus Breslau, wurden wegen dringenden Verdachts, in der Nacht zum 2. Juni eine zu einem dortigen Rittergut gehörige gefüllte Scheune aus Muthwillen in Brand gesteckt zu haben, in Untersuchungshaft genommen. In der Scheune hatte der von der Polizei gesuchte Arbeiter Freitag aus Oberlungwitz Nachtquartier genommen und so schwere Brandwunden erlitten, daß er am nächsten Tage starb. — Läßt sich eine größere Rohheit, als die der Techniker, die zweifellos forsche Staatsstützen sind, überhaupt denken? Wird man deshalb nun eine Zuchthausvorlage gegen Techniker einbringen?

Staatsbeamte und Sozialdemokraten. Die erste Frucht zeitigte der Ministerialerlaß gegen die indirekte Förderung der Sozialdemokratie durch Staatsbeamte, der bekanntlich eine Folge des Falles Schultze-Nahmitz ist, in Köln. Ein Zeitungsbote unseres dortigen Parteiorgans erhielt von seinem Hausherrn folgenden Brief:

Köln, 9. Juli 1899.

Geehrter Herr Höller! Das Vorkommniß von heute Morgen mit der „Rheinischen Zeitung" nöthigt mich, Ihnen die Wohnung kündigen zu müssen. Sie werden selbst einsehen, daß ich als Beamter der Staatsanwaltschaft nicht anders handeln kann und handeln darf. Ich bitte also höflichst, die Wohnung binnen zwei Wochen zu verlassen.

Achtungsvoll Feucht.

Zur Erklärung wird mitgetheilt, daß dem Hausherrn eine Nummer der „Rheinischen Zeitung" übersandt worden war, worin in einem Inserat die Adresse des Zeitungsboten Höller mitgetheilt ist. Da haben die Denunzianten wieder einmal goldene Tage! Ei ja, wir werden immer moralischer!

Wie Streikprozesse zu Stande kommen. Wir berichteten dieser Tage über einen besonders charakteristischen Fall, der sich vorige Woche vor dem Landgericht in Dresden abspielte. Ein italienischer Maurer soll einen Landsmann und Kollegen durch Drohung zum Streik genöthigt haben. Der Belastungszeuge, der „Bedrohte" selbst, erklärte auf das Bestimmteste gleich dem Angeklagten, daß von einer Nöthigung oder Drohung keine Rede sein könne. So habe er die fragliche Aeußerung — die übrigens auch ganz anders als die Anklage behauptet, gelautet habe — nicht aufgefaßt. Trotz dieser den Angeklagten völlig entlastenden Aussagen des von dem Ankläger zitirten Hauptbelastungszeugen wurde der Angeklagte nicht freigesprochen, wie man erwarten durfte, sondern die Sache wurde vertagt. Am Montag ist dieselbe nun zu Ende geführt worden. Und das Ende ist noch interessanter und charakteristischer als die Einleitung. Außer dem „Bedrohten" waren nunmehr noch zwei Zeugen geladen. Und zwar der Gensdarm, welcher in der Sache recherchirt, und der Referendar, welcher seiner Zeit die Angaben des Hauptzeugen protokollirt hat. Beide Zeugen hatten also Kenntniß von der Sache nur durch den „Bedrohten" selbst. Dieser erklärte aber auch jetzt wieder, **und zwar unter Eid,** daß er **nicht bedroht** und **nicht genöthigt** worden sei. Die beiden anderen Zeugen erklärten aber, daß der Verletzte seiner Zeit die belastenden Angaben gemacht habe, wie sie in der Anklage wiedergegeben sind. Der Bedrohte sucht das damit zu erklären, daß er falsch verstanden worden sei. Jedermann erwartet nun gewiß einen Freispruch, da doch mindestens die Sache unklar ist. Das Gericht urtheilte anders, der Angeklagte, Puntil mit Namen, wurde zu **zwei Monaten Gefängniß** verurtheilt; man hat die Anklage für **erwiesen** angesehen. Man hat also dem Hauptzeugen, dem einzigen, der neben dem Angeklagten die Sache selbst erlebt hat, nicht geglaubt. Sonst wäre eine Verurtheilung unmöglich gewesen. — Ist es zu verwundern, daß so die Streikstatistik rapid steigende Ziffern aufweist?

Aus dem ostelbischen Landarbeiterparadies wird dem „Vorwärts" ein Vorfall mitgetheilt, der wieder einmal in krasser Deutlichkeit zeigt, wie in Ostelbien Arbeiter behandelt werden. In Nesselbeck (Kreis Königsberg) wurde dem 64jährigen Kuhhirten vom Inspektor der Auftrag gegeben, das Vieh am Vormittag erst mit trockenem und dann mit eben von der Weide geholtem Futter zu füttern. Er that das auch. Als der Inspektor am Mittag vom Remontemarkt, der in der Nachbarschaft abgehalten war, zurückkehrte, war er mit der Art des Fütterns unzufrieden. Die Aeußerung des Hirten, daß es so gemacht sei, wie er bestimmt habe, brachte ihn derartig in Wuth, daß er mit einem schweren eisenbeschlagenen Stock wie toll auf den alten Mann einschlug, so daß diesem die Arme, die er zum Schutze erhoben hatte, ganz blutig geschlagen wurden. Damit aber noch nicht genug; sei es, daß der alte Mann sich zu wehren suchte, kurz, der Unmensch zog nunmehr einen Revolver und schoß viermal auf den Mißhandelten. Drei Kugeln trafen den Unglücklichen. Er wurde nach der städtischen Krankenanstalt in Königsberg gebracht. Dort liegt er jetzt noch schwer krank. — Eine echt ostelbische Heldenthat, einen kraftlosen alten Mann über den Haufen zu schießen.

Eine Ausweisung, die alles bisher auf diesem Gebiete Dagewesene hinter sich zurückläßt, ist neuerdings in Schlesien erfolgt. Eine in russisch Polen wohnende Familie russischer Nationalität gab ihr achtjähriges Töchterchen zu ihren in einem oberschlesischen Dorfe wohnenden Verwandten, damit es dort die Volksschule besuche und Deutsch lerne. Zwei Monate blieb das Kind auch unbehelligt. Dann aber erließ die königliche Regierung zu Oppeln folgende Verfügung: „Die Zulassung der russischen Staatsangehörigen . . . . in . . . . zum Besuch einer inländischen Schule vermögen wir nicht zu genehmigen; auch darf ihr Aufenthalt in . . . . nicht gestattet werden." — Leider fügt die hohe Staatsbehörde nicht hinzu, wodurch sich die kleine Ausländerin „lästig gemacht" hat. Die Verwandten des Kindes haben gegen die Ausweisung Einspruch erhoben, es aber einstweilen, dem Zwang gehorchend, nach Rußland zu den Eltern gesandt, sodaß aus der Erlernung der deutschen Sprache nun wohl nichts werden wird.

Die nächsten Etats beginnen ihre Schatten vorauszuwerfen. Die finanzministerlichen „Berl. Polit. Nachr." theilen mit, daß die Frist, innerhalb deren die einzelnen Reichsressorts ihre Mehr- und Neuforderungen für das kommende Etatsjahr bei dem Reichsschatzamt eingereicht haben müssen, am 1. August abläuft. Die preußischen Ressorts haben für die Einreichung ihrer Forderungen bei dem Finanzministerium noch bis zum 1. September Zeit. Es sei selbstverständlich, daß über ganz wichtige Neuerungen schon vorher Erörterungen stattgefunden haben und Fühlung mit der Finanzverwaltung des Reiches genommen sei. An thatsächlichen Mehrforderungen wird der nächste preußische Etat wieder eine Erhöhung der Mittel für das gewerbliche Unterrichtswesen enthalten.

Von unseren Kolonien. Der baare Reichszuschuß für „unsere" Schutzgebiete belief sich im laufenden Rechnungsjahr — ohne die beiden Nachtragsetats — auf 23,2 Millionen Mark, gegen nur 14,2 Mk. im Vorjahre. An dieser Steigerung um 9 Millionen Mark partizipiren alle Kolonien, am meisten Kiautschou mit 3½, Deutsch-Südwestafrika mit 2,3 und Deutsch-Ostafrika mit 2,1 Millionen Mark. Kamerun erfordert jetzt nahezu eine Million Mark Reichszuschuß; zum ersten Mal erfordert auch Togo einen solchen, vorerst noch bloß von ¼ Millionen Mark. Die im Verhältniß zu der ungeheuren Ländermasse ganz unbedeutende weiße und deutsche Bevölkerung hat in Kamerun und Südwestafrika um einige Köpfe zugenommen, in Togo blieb sie stationär, sank dagegen nicht unbedeutend in Ostafrika. Im Ganzen wurden in den fünfzehn Jahren, seitdem Deutschland nun „Kolonialpolitik" treibt, über zweihundert Millionen Mark buchstäblich in's Wasser geworfen. Der „Erfolg" dieser Politik ist gleich Null, von wirthschaftlichem Nutzen für Deutschland kann nicht im Mindesten die Rede sein.

Von ausständigen Maurern wurden dem offiziösen Wolff'schen Bureau zufolge am Dienstag in Augsburg in der Wertach-Vorstadt vor einer Fabrik, in welcher italienische Streikbrecher arbeiten, Ruhestörungen verübt. Die Ausständigen suchten, verstärkt durch hunderte von dort wohnenden Leuten, in die Fabrik einzudringen, und als dies durch Anwendung von Wassergüssen und Feuerspritzen vereitelt wurde, sandten sie einen Steinhagel gegen die Fabrik. Die Polizei war machtlos und es wurde telephonisch Militär requirirt, „welches jedoch nicht ernstlich einzugreifen brauchte". Der Auflauf dauerte bis gegen 12 Uhr Nachts. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Nähere Nachricht bleibt abzuwarten.

Eine Vorlage über die Patentanwälte ist bisher dem Reichstag nicht zugegangen. In der Thronrede bei Eröffnung des Reichstages im Dezember wurde eine solche Vorlage wie folgt angekündigt: „Eine besondere Vorlage schlägt Ihnen vor, die Zulassung von Beauftragten zur Vertretung der Parteien im patentamtlichen Verfahren gesetzlich zu regeln." Nun ist aber vor Kurzem der Bundesrath in die Ferien gegangen, ohne den ihm bereits im Februar d. J. zugegangenen Entwurf eines Gesetzes, betr. die Patentanwälte erledigt zu haben. Die Vorlage ist nach der „Rh.-Westf. Ztg."

in den Ausschüssen, an die sie zur Vorberathung verwiesen war, stillschweigend begraben worden. Es haben sich schon bei den Vorverhandlungen darüber tiefgehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die „Rhein.-Westf. Ztg." fordert, auf Grund der gegen den Entwurf auch aus den Kreisen der Patentanwälte erhobenen Einwendungen, daß ein neuer Entwurf ausgearbeitet wird, der die Einführung einer Art Befähigungsnachweis für die zur Eintragung in die Liste der Patentanwälte zugelassenen Personen vorsieht. — Die Regierung Hohenlohe-Posadowsky-Miquel hat mit ihrer Gesetzesmacherei offenbar kein Glück. Die Zuchthausvorlage wird vom Reichstage eingeschart ohne Sang und Klang, und bei der Vorlage über die Patentanwälte besorgt das der Bundesrath gar selbst.

Ueber die Verbreitung der Tuberkulose in der preußischen und württembergischen Armee ist seit dem 1. April 1890 eine Statistik aufgenommen worden. Danach gehörten die meisten Kranken der Infanterie an (4187), dann folgte die Kavallerie (795), Feldartillerie (618), Fußartillerie (240), Pioniere und Eisenbahntruppen (188), Oekonomiehandwerker (178), Train (112), Landwehrstämme (98), Festungsgefängnisse (87), Bekleidungsämter (65), Unteroffizierschulen (27), Arbeiterabtheilungen (22), Militärkrankenwärter (16), Militärbäcker (7). Im Verhältniß zur Kopfstärke der genannten Waffengattungen war jedoch die Krankenzahl bei den eigentlichen Feldtruppen (Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pioniere) mit 1,8 bis 1,9 v. T. am niedrigsten, etwas höher (2,3) beim Train und den Militärkrankenwärtern sowie bei den Landwehrstämmen (2,7), dagegen weit beträchtlicher bei den Oekonomiehandwerkern (4,6), Bekleidungsämtern (5,0), Festungsgefängnissen (5,5), Arbeiterabtheilungen (6,0) und Militärbäckern (7,0). Bei den Kadetten und Unteroffizierschülern sind in den acht Jahren nur elf Fälle von Lungentuberkulose vorgekommen. Hervorzuheben ist die verhältnißmäßig große Zahl (191, das ist 7,1 vom Tausend) der erkrankten Hoboisten und Trompeter. Neben der Anstrengung der Lungen, die das Blasen, namentlich auf dem Marsche, erfordert, kommt hier als ursächliches Moment auch die Lebensweise jener Leute in Betracht, die oft in schlecht gelüfteten, raucherfüllten Räumen bei Festlichkeiten aufspielen.

Kleine politische Nachrichten. Eine Begegnung des Fürsten Hohenlohe mit dem Grafen Goluchowsky soll, Wiener Mittheilungen zufolge, Anfangs nächsten Monats in Aussee stattfinden. — Der Vorstand des Deutschen Fischerei-Vereins hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der um eine Aenderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Bestrafung von Fischdieben dahin ersucht wird, daß neben der Hauptstrafe auf Einziehung der Fanggeräthe, die der Thäter bei dem unberechtigten Fischen bei sich geführt hat, erkannt werden kann, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht. — Seit längerer Zeit wird die Hinausschiebung der Strafmündigkeitsgrenze vom vollendeten 12. auf das vollendete 14. Jahr geplant. Ueber eine derartige Abänderung des Strafgesetzbuches sind Verhandlungen der Regierungen bereits eingeleitet. Als Korrelat dazu würde Preußen eine Aenderung des Zwangserziehungswesens vornehmen, und zwar steht eine erhebliche Ausdehnung und Weiterentwickelung der Zwangserziehung durch eine Aenderung des Gesetzes betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder bevor. Die Vorlage ist, wie die „Pol. Nachrichten" offiziös versichern, schon fertiggestellt, die Einbringung ist nur mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Abgeordnetenhauses in dieser Session unterblieben. — Durch Einathmen von giftigen Gasen bei einer Militärluftschiffer-Uebung in Thorn sind nach der „Danziger Ztg." der Musketier Skodda und der Gefreite Pieske vom 176. Regiment am 10. Juli erkrankt und nach wenigen Tagen gestorben. — Ein Oberleutnant vom Infanteriebataillon in Lauban hat sich nach dem „Berl. Tagebl." erschossen. — Nach einer von fachmännischer Seite aufgestellten Statistik ist die Welterzeugung von Blei von 696 000 Tonnen im Jahre 1897 auf 777 000 Tonnen im Jahre 1898, also um 11 Prozent gestiegen. Wie beim Blei, fällt auch beim Kupfer die Zunahme des Konsums hauptsächlich auf Deutschland und wird als eine Folge der in Deutschland mehr als in einem anderen Lande entwickelten elektrischen Industrie angesehen. Die Erzeugung von Zink stieg von 448 000 Tonnen auf 468 000 Tonnen, also um etwa 5 pCt. Der Bedarf in Nickel hat eine Zunahme erfahren durch die sich immer mehr ausdehnende Verwendung in der Stahlindustrie, namentlich für Marinezwecke. — Aus Darmstadt meldet man der „Frankf. Ztg.", daß gegen den Landgerichtsdirektor in Pension Küchler nunmehr wegen Vergehens gegen § 211 (?) der Konkursordnung das Strafverfahren eingeleitet worden ist. — In Wien wurde Genosse Dr. Ellenbogen wegen angeblicher Beleidigung von Wachorganen aus Anlaß der jüngsten Demonstrationen zu 4 Wochen Arrest verurtheilt. — Politische Reformen in Montenegro sollen anläßlich der Verheirathung des Erbprinzen erfolgen. Es wird ein Dekret des Fürsten vorbereitet, welches den Städten Gemeindeautonomie gewährt und verfügt, daß von nun an die Gemeindeverwaltung aus Wahlen hervorzugehen habe. — Eine deutliche Mahnung zur Ruhe ließ die französische Regierung an den Marquis Cerralbo, den Agenten des Don Carlos, ergehen. Sie benachrichtigte ihn, er habe binnen 24 Stunden die französisch-spanische Grenze zu verlassen und fortan seinen Wohnsitz in einer Stadt Nordfrankreichs zu nehmen. Falls er dieser Aufforderung nicht nachkomme, werde er sofort des Landes verwiesen werden.

England.

In der Transvaalfrage erscheint die Lösung der Krisis erheblich näher gerückt. Am Dienstag hat in London unter dem Vorsitz von Lord Salisbury ein Ministerrath stattgefunden. Wie verlautet, wurde der Rath auf Antrag Chamberlains einberufen, um über Transvaals Vorschlag, eine siebenjährige Naturalisationsperiode einzuführen, zu beschließen. Salisbury sprach sich energisch für die Wahrung des Friedens aus. Eine gütliche Beilegung des Konfliktes ist jetzt zuversichtlich zu erwarten. Salisbury reiste nach dem Kabinetsrath nach Windsor zum Besuch der Königin. Danach hat also wohl Salisbury als Anhänger der Friedenspartei den Sieg über den Scharfmacher und Kriegshetzer Chamberlain errungen.

Belgien.

Die Fünfzehnerkommission für die Wahlreformvorlage hielt Mittwoch früh eine Sitzung ab, worin die Antwort der Regierung auf die Frage der Kommission betreffend die Berathung der Vorlage bekannt gegeben wurde. Die Regierung forderte die Kommission auf, die Berathung zu beschleunigen, damit die Berathung der Vorlage noch im Laufe der gegenwärtigen Session möglich sei. Im Laufe der Debatte erklärten die Vertreter der Linken, sie lehnten es entschieden ab, der Kommission anzugehören. Theodor (unabhängig) erklärte, hieraus gehe die Niederlage der Einstimmenvorlage hervor.

Frankreich.

Zur Dreyfus-Affäre. Mehrere Pariser Blätter wollen wissen, daß das Kriegsgericht in Rennes erst am 10. August beginne, weil der Regierungskommissar Carriere das Studium der Akten noch nicht beendet habe. Der „Figaro" behauptet, daß der geheime Dossier des Kriegsministeriums ohne Ausnahme nach Rennes transportirt wurde und daß vor dem Kriegsgericht auch diejenigen Fälschungen offen diskutirt würden, denen der Kassationshof aus falscher Schonung für den Generalstab in seinen Akten keine Aufnahme gewährte. Diese Fälschungen, wozu früher auch die falschen Briefe Kaiser Wilhelms gehörten, wurden von Polizisten und Gehülfen niedrigster Ordnung hergestellt, aber vom Nachrichtenbureau für sehr theures Geld erkauft. Als Beispiel giebt der „Figaro" aus diesem ultrageheimen Dossier die Aussage eines Droschkenkutschers wieder, der sich 1897 erinnert, daß er 1894 zwei deutsche Offiziere in Zivil nach dem Nordbahnhof fuhr! Sie plauderten sonderbarer Weise französisch und einer sagte: „Wir bemerken gegenwärtig beängstigende Abgänge in Berlin." Der andere antwortete: „Das ist uns ganz egal; wir haben Dreyfus in Paris." Der „Figaro" meint, man solle auch in Rennes auf die Erörterung dieses stupiden Dossiers verzichten, schon aus Schamgefühl. Des Weiteren trat in Paris mit ziemlicher Bestimmtheit das Gerücht auf, der Regierungskommissar Major Carriere habe erklärt, er werde Einstellung des Verfahrens beantragen, da er irgend Belastendes für Dreyfus nicht gefunden habe. Diese Mittheilung wird jedoch bereits als mindestens verfrüht bezeichnet. U. E. müßte die Vertheidigung selbst darauf dringen, daß ein eklatanter Freispruch, nicht eine Einstellung des Verfahrens erfolgt. Die Vertheidigung richtete ferner an den Kolonialminister einen Brief, in welchem sie die Einverleibung aller zurückgehaltenen Briefe Dreyfus' in die Akten des Kriegsgerichts in Rennes verlangt. Zugleich wird aus Paris berichtet, der ehemalige Kriegsministers Billot werde demnächst erklären, er könne sein Ministerwort, daß Dreyfus regelrecht und verdientermaßen abgeurtheilt worden sei, nicht mehr aufrechterhalten.

Die „Liberte" will von einem Bekannten Esterhazys erfahren haben, daß die russische Botschaft den Verdacht auf Dreyfus gelenkt habe. Die russische Botschaft soll der französischen Regierung mitgetheilt haben, daß, nachdem Dreyfus zu Gunsten Rußlands spionirt, er der Spion Deutschlands geworden sei. Darauf soll der Generalstab das Bordereau fabrizirt haben, um Dreyfus verurtheilen lassen zu können. Die Version, wonach der erste Hinweis auf Dreyfus von russischer Seite gekommen, ist bekanntlich alt. Es hieß früher, der russische Militärattaché Baron Fredericks habe Dreyfus als Spion bezeichnet, später aber selbst erklärt, daß er sich geirrt habe.

Serbien.

Die Einmischung Oesterreichs und Rußlands in das Schreckensregiment Milans war von Belgrad aus in Abrede gestellt worden. Jetzt aber schreibt offiziös der „Svet":

> Wir können in Bezug auf die Situation in Serbien die Mittheilung machen, daß zwei an den Balkan-Fragen in erster Reihe interessirte Großmächte bereits eine gemeinsame Vorstellung in Belgrad erhoben und, wenn auch in freundlich-wohlwollender, so doch in ernster nachdrücklicher Weise, auf die Gefahren hingewiesen haben, welche die Regierung Serbiens bei einem weiteren Fortschreiten auf der seit dem Attentat betretenen Bahn laufen muß.

Diesen Wink mit dem Zaunpfahl wird der dicke Milan wohl endlich verstehen müssen. Vielleicht läßt er sich sobald als möglich wieder einige Millionen Staatsgelder auszahlen, um sie in den Pariser eleganten Spielklubs zu verpulvern. Ein paar Todesurtheile wird sein würdiger Sohn aber wohl vorher noch in landesväterlicher Huld unterzeichnen müssen.

Milan wüthet weiter. Wie neuerdings aus Belgrad gemeldet wird, ist der Redakteur des radikalen Blattes „Novi Dnevni List", Glisa Regnerowitsch vom Untersuchungsrichter des Standgerichts in Haft genommen worden. Das weitere Erscheinen des Blattes ist eingestellt.

Finland.

Die Ober-Preß-Verwaltung hat, wie der „Post" aus Helsingfors gemeldet wird, allen Zeitungen des Landes untersagt, Aeußerungen ausländischer Blätter über die politischen Verhältnisse Finlands aufzunehmen oder zu verbreiten, damit die Finländer nicht erfahren, wie man im Auslande über die russischen Maßnahmen denkt. — Diese Vogelstraußpolitik wird den Russen nicht viel helfen. In Finland weiß man so wie so, daß das Ausland die russische Politik in Finland aufs Schärfste verurtheilt.

Amerika.

In Brooklyn ist bekanntlich ein Streik der Straßenbahnangestellten ausgebrochen. Am Dienstag soll es nun, offiziösen Telegrammen zufolge, zu ernsten Ruhestörungen gekommen sein. Ausständige Beamte der Straßenbahn brachten, so heißt es, einen Wagen zum Entgleisen und verletzten einen Motorbeamten und einen Polizisten schwer. Die Polizei zerstreute die Menge. Mittwoch früh wurde der Versuch gemacht, den Damm der Hochbahn mit Dynamit zu sprengen; ein Pfeiler wurde zerstört.

Das gemeldete Dynamitattentat auf die Hochbahn fand, wie weiter gemeldet wird, zwischen der 35. und 36. Straße in Brooklyn statt. Zehn Fuß des einen und 12 Fuß des anderen Pfeilers sind zerstört, die benachbarten Häuser wurden erschüttert. Kurz vor dem Attentat hatte ein Passagierzug die Linie passirt. Die Polizei begab sich sofort nach dem Hauptversammlungsort der Tramwaybediensteten und verhaftete 22 Streikführer. Auf der zweiten Avenuelinie der Metropolitancompany New York ist ein Ausstand ausgebrochen. Etwa die Hälfte der Angestellten streiken. Auch auf der sechsten Avenuelinie, auf der Madisonavenue und auf der achten Avenue sind Streiks angeordnet. Um 10½ Uhr war der durch die Explosion angerichtete Schaden soweit wieder ausgebessert, daß der Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. — Daß das Dynamitattentat von Streikenden ausgeführt wurde, steht noch nicht einmal fest, trotzdem aber verhaftet man, nach berüchtigten Mustern, die Führer des Streiks. Gewalt geht auch in Amerika vor Recht.

Samoa.

Ueber neue Kämpfe auf Samoa meldet ein Reuter'sches Telegramm vom 11. Juli aus Apia:

> Bei Safata im Distrikte des Häuptlings Suatele fand am 4. d. M. ein Gefecht statt, bei dem ein Mailetoa-Häuptling tödtlich verwundet und zwei Mataafa-Häuptlinge verwundet wurden. Mannschaften der Kriegsschiffe „Tauranga" und „Kormoran" verhafteten drei Häuptlinge und brachten sie nach Apia, wo sie vor das Obergericht gestellt werden sollen.

Wie aus dem Telegramm hervorgeht, erfolgte der Kampf in der Abwesenheit der Drei-Mächte-Kommission. Die Kommission hielt in jenen Tagen auf den Samoa-Inseln Savaii und Upolu Versammlungen ab und wollte am 12. Juli nach Apia zurückkehren, um alsdann von dort nach Washington abzureisen. Die Kommission hatte also ihre Thätigkeit für abgeschlossen angesehen. Ob die Kommission in Folge der neuen Wirren noch in Apia bleiben wird, ist aus dem Telegramm nicht ersichtlich. Dasselbe berichtet nur, daß der amerikanisch Oberrichter Chambers, der Hauptschuldige an den Wirren, am 14. Juli mit gewöhnlichem Urlaub von Apia auf Nimmerwiederkehr abreisen wollte. Chambers habe zwar nicht seine Entlassung gegeben, habe aber die Frage seines Rücktritts dem Präsidenten McKinley zur Entscheidung überlassen. Nach dem „Reuter-Telegramm" ziehen die drei Kommissare jetzt die Frage in Erwägung, ob der Posten des Oberrichters gemäß den Vertragsbestimmungen vakant ist; der deutsche Munizipalpräsident Solf verlangt, wenn Chambers geht, als stellvertretender Oberrichter zu fungiren. Solf richtete eine in versöhnlichem Tone gehaltene Adresse an den Munizipalrath, in welcher er erklärte, er sei in gleichem Maße Vertreter der drei Mächte. Den Kommissaren werden Vorwürfe gemacht, daß sie den Eingeborenen nicht die Weisung ertheilt haben, die von ihnen gemachte Beute wieder zurückerstatten. Das Telegramm schließt mit der Nachricht, daß „zur Zeit", also am 11. Juli, alles ruhig" ist. Die Kommissare haben auf den 14. d. M. die Vertreter beider Parteien zusammberufen, um über die Regierungsform zu berathen. Mataafa, der in die Abschaffung des Königthums einwilligt, wollte an dieser Versammlung theilnehmen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. Juli.

Der Gewerkschaftsausflug wird am Sonntag den 13. d. Mts. nach Israelsdorf stattfinden. Die polizeiliche Genehmigung ist erfolgt. Die Gewerkschaften werden Nachmittags um 2 Uhr mit Musik und Fahnen vom Burgfelde abmarschiren. Der Marsch von den Verkehrslokalen nach dem Sammelplatze zwischen 1 und 2 Uhr hat ohne Musik zu geschehen. Die Theilnahme von noch schulpflichtigen Kindern in besonderem geschlossenen Zuge ist verboten. Der Handelsverkehr mit Genuß- und Lebensmitteln auf dem Festplatze (Grundstück des Gastwirths Muuß) ist freigegeben von Nachmittags 8—8½ Uhr.

Die Gewerkschaften werden ersucht, zum Ausfluge auf je 20 Mitglieder ein Hülfscomiteemitglied zu wählen.

Aus der Bürgerschaft. Beinahe hätte unser Parlament wegen der Feriengelüste seiner Mitglieder sich nochmals vertagen müssen. Mit Ach und Krach gelang es, vor eingetretener völliger Beschlußunfähigkeit die eingebrachten Vorlagen zu erledigen. Am meisten Zeit nahm die Berathung der Gesindeordnung in Anspruch, bei der agrarische und andere Reaktionäre ihren Gefühlen freien Lauf ließen. Wir werden uns mit dem Reichstagskandidaten Lauenstein und dem Material, welches er uns für die Agitation unter den Landarbeitern lieferte, noch eingehender befassen. Für heute genüge die Konstatirung, daß derselbe Herr, welcher sich im vorigen Jahre als Freund des Koalitionsrechtes der Arbeiter aufspielte, heute die **Schuldhaft des Gesindes** verficht, sowie die weitere Konstatirung, daß er sich mit seinen ebenso konfusen wie von bauernbündlerischer Unersättlichkeit zeugenden Verböserungsanträgen bis in die Knochen blamirt hat. Die Senatsvorlage, welche wesentliche Veränderungen nicht erlitt, wurde angenommen. Leider gelang es nicht, hinsichtlich der Tage des Dienstwechsels eine Aenderung zu schaffen. — Bei der Berathung der neuen Medizinalverordnung geriethen Aerzte und Apotheker aneinander. Für letztere suchte Herr Mühsam recht viel herauszuschlagen. Aerzte sollen nach ihm keine bestimmten Apotheken mehr empfehlen, damit nicht letztere ein verschiedenartiges Renommée bekommen. Herr Dr. Ziehl bekämpfte dies mit einem

Archiv Bonn

braktischen Bandwurmbeispiel und wies mit Recht darauf hin, daß auch bestimmte Aerzte als gut empfohlen resp. als minder gut hingestellt würden. Weiter hatte Herr Mühsam den mehr kuriosen als gescheidten Gedanken, daß, wenn in Fällen, die der Arzt als dringend bezeichnet, der Apotheker die Arzenei ohne Bezahlung abgiebt, im Falle der Nichtbezahlung der Ortsarmenverband dafür aufkommen soll. Herr Dr. Schön wies mit Recht darauf hin, daß dasselbe ja schließlich alle Geschäftsleute verlangen können. Her Müsam war mit seinen Amendements genau so glücklich, wie Herr Lauenstein. Die Vorlage wurde angenommen. Den Antrag betreffend Anstellung eines zweiten Bauinspektors benutzte Herr Possehl, um die **Bahnhofsfrage** anzuschneiden. Er ist fuchsteufelswild geworden beim Nachdenken über die Behandlung dieser Sache und gab denn auch seinem Aerger derben Ausdruck. Senator Dr. Eschenburg suchte ihn zu trösten. Es ist nach ihm „Aussicht" vorhanden, daß die Bürgerschaft „in Bälde" die Vorlage bekommt. Ironisch meinte Herr Possehl, daß dieses „in Bälde" hoffentlich noch in diesem Herbst liege. Wir fürchten, Herr Possehl wird noch recht lange „Thetje mit de Utsichten" spielen müssen. Bei der Volksschulvorlage bat Herr F. Sartori um baldige Errichtung des fünften Doppelhauses. Senator Dr. Brehmer stellte erfreulicher Weise ein solches für nächstes Jahr in ziemlich sichere Aussicht. Herr Aug. Pape benutzte die Gelegenheit, seine Jungfernrede zu halten. Er wollte wissen, warum man keinen billigeren Bauplatz gewählt habe, und erhielt die Antwort, daß keiner dagewesen sei. Damit begnügte sich die Leuchte des unentwegten Freisinns. Einige kleinere Vorlagen wurden debattelos erledigt. Der Antrag betr. des zweiten Friedhofes in St. Lorenz ward an eine Kommission verwiesen. Herr Dr. Ziehl war so verständig, an die Begräbnißordnung zu erinnern, deren Revision so lange auf sich warten läßt. Es wurde erklärt, daß „die Angelegenheit ihrer Erledigung nahe" sei. — „In Bälde."

Die Section der Klempner der hiesigen Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sich gestern als solche aufgelöst und tritt wieder der allgemeinen Zahlstelle bei. Wir halten diesen Beschluß aus finanziellen Gründen für durchaus richtig.

Von einem Radfahrer angefahren wurde gestern auf dem Hüxterdamm eine ältere Frau. Sie sowohl wie der Radler, dem die Passanten die Schuld beimessen, kamen zu Fall, erlitten jedoch anscheinend keine Verletzungen.

Alte Gemälde, anscheinend aus dem 14. Jahrhundert stammend, sind — nach der „E.-Z." — bei der Inventaraufnahme in der Aegidienkirche gefunden worden.

Die Nichthaftungserklärung hat die unverehelichte E. H. J. Röhr aus Anlaß ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Steuermann H. P. F. Strunck abgegeben.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 42 Dampfer, 28 Segler, ausgelaufen sind 44 Dampfer, 20 Segler, davon 8 bezw. 6 leer oder in Ballast.

Klappen zu! In der vorigen Woche wurden seewärts importirt vom Inlande 15 Rinder, 1 Kalb, vom Auslande 16 Rinder.

Auf Abbruch verkauft werden soll das der Holstenstraßen-Verbreiterung zum Opfer fallende Haus Obertrave 2.

pb. **In Haft** geriethen 3 Bettler und 6 Trunkene.

Mölln. Die Bürgerrolle liegt bis zum 31. d. Mts. während der Bureaustunden im Magistratsbureau zur Einsicht aus.

Altona. Ueber eine sonderbare Sozialpraxis in der Eisenbahnverwaltung berichtet der „Weckruf der Eisenbahner" aus dem hiesigen Direktionsbezirk. Unter den Mitgliedern der Eisenbahnbetriebskrankenkasse des Direktionsbezirkes Altona hatte sich eine lebhafte Unzufriedenheit mit den Kassenverhältnissen bemerkbar gemacht, welche in einer Versammlung von Mitgliedern der Krankenkasse zum Ausdruck kam. In jener Versammlung wurde es für nothwendig erklärt, die Mitgliederinteressen in der Generalversammlung sowohl, als auch im Vorstande besser zu vertreten und nur solche Kandidaten aufzustellen und zu unterstützen, welche gewillt und auch fähig sind, die Interessen ihrer Mandatgeber im vollen Umfange zu vertreten, sowie vor den nächsten Neuwahlen die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieses Programms zu ergreifen. In der Versammlung hatte u. A. auch der Hülfsarbeiter H. Ripstorf, Betriebs-Werkstatt Hamburg-H, gesprochen, der in einfachen Worten ausführte, daß es wohl zweckmäßig sei, wenn die Mitglieder sich mehr als es bisher geschehen sei, um ihre Kassenverhältnisse kümmern möchten, außerdem möge doch dafür eingetreten werden, daß das Krankengeld schon vom ersten Tage an schon gewährt werde. Einige Wochen nach dieser Versammlung fand eine Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Arbeiter-Vertreter Struve statt, ca. fünfhundert Kollegen gaben ihre Stimme für Ripstorf ab. Am 30. Juni war die Wahl und am 6. Juli wurde Ripstorf seitens der Direktion Altona das Dienstverhältniß gekündigt. Die Entlassung erfolgte mit dem Hinweis auf die Krankenkassenversammlung und die Kandidatur! So der vom „Weckruf" mitgetheilte Thatbestand, zu dem noch hinzugefügt wird, daß selbst die nächsten Vorgesetzten von Ripstorf gefühlt hätten, daß ein Unrecht vorliege, daß sie sich aber für ohnmächtig erklärt haben, für den Gemaßregelten einzutreten, da die Kündigung direkt von der Direktion ausgehe. Ripstorf ist Ernährer einer großen Familie und fast 10 Jahre im Dienste. Von allen Seiten wird ihm das Zeugniß eines fleißigen und brauchbaren Arbeiters ausgestellt. Die Direktion Altona soll geglaubt haben, mit diesem Schlage die Bewegung und die sozialdemokratischen Bestrebungen unter den Eisenbahnern zu treffen. Ripstorf gehört aber weder dem Verband der Eisenbahner Deutschlands noch der sozialdemokratischen Partei an. — Posadowsky wird nicht umhin können, diesen Fall der Denkschrift einzuverleiben.

Flensburg. Nach Fridericia haben am Sonntag die hiesigen Gewerkschaften einen Ausflug gemacht, an dem sich etwa 400 Personen betheiligten. Sie wurden überaus herzlich aufgenommen. Polizei und Militär marschirten im Festzuge vergnügt mit, zum Staunen der an dergleichen nicht gewöhnten Unterthanen Köllers. Daß sie übrigens aus dessen Machtbereich stammten, sollten sie auch in Dänemark erfahren. Vor ihnen war ein Telegramm der Flensburger Polizeiverwaltung eingetroffen, welches der dortigen Behörde mittheilte, daß die Ausflügler Sozialdemokraten seien, die man scharf beobachten solle. Man sieht also, daß sich die Fürsorge der preußisch-deutschen Polizei bezüglich ihrer Steuerzahler selbst bis in das Ausland erstreckt. Ein dänischer Polizeibeamter zeigte diese Depesche hiesigen Genossen, welche sich von der Wahrheit überzeugten. Die Bemerkung, welche der Beamte dabei machte, war für die preußische Polizeitaktik wenig schmeichelhaft. Bezeichnend für die liberalen dänischen Polizeiverhältnisse ist es, daß jenem Beamten selbst jetzt nach dem Bekanntwerden dieses Vorfalls keine Unannehmlichkeiten entstehen werden. Diese Depesche rief durch ihren Inhalt eine fröhliche Begeisterung auf der Heimreise hervor, wußte man doch die Fürsorge der Behörde zu würdigen.

Teterow. Vom Seil gestürzt. Ein Akrobat, welcher mit seiner Gesellschaft auf dem hiesigen Markte Vorstellungen gab, wollte auch den Tric ausführen, einen Menschen über das hohe Thurmseil hinwegzutragen. Als sie einige Meter gegangen, wurde der Getragene, ein Schneider, unruhig, sodaß der Akrobat das Gleichgewicht verlor. Der Schneider stürzte in die Tiefe und dürfte bei der Schwere der erlittenen Verletzungen kaum am Leben bleiben, dem Akrobaten dagegen gelang es, sich am Seile festzuhalten.

Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Gewerkschaftsausflug. Comiteesitzung Freitag Abend präzise 8 Uhr.

Die Arbeitergesangvereine, welche gestern Abend nicht vertreten waren, sich jedoch am Gewerkschaftsausflug zu betheiligen gedenken, wollen sich bei Menz, Hüxstr. 80, melden.

Hamburg. Am 1. Ziehungstage der 2. Klasse der 316. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 35258 mit 3000 Mk. Nr. 34655 mit 400 Mk. Nr. 718 7754 23150 38737 82878 88573 89925 mit je 200 Mk. Nr. 2542 3816 14665 15002 17332 33573 36519 46175 47357 57491 73628 79671 92976 96350 96373 98832 98881 107889 mit je 100 Mk. (Ohne Gewähr.)

Steerschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19. Juli.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 500 Stück. Preise: Versandschwerne, schwere 46—48 Mk., leichte 50—52 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 49—51 Mk. pr. 100 Pfd.

Tabak u. Cigarren — **Nordhäuser Rolltabak** von Grimm & Triepel und von Kneiff. Cigarretten. Pfeifen. Spazierstöcke. — **C. Wittfoot** Hüxstraße 18.

Statt besonderer Meldung.

Am Montag den 17. d. Mts., Nachmittags 4½ Uhr, entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere inniggeliebte Tochter im Alter von 10 Monaten.

Tief betrauert von ihren Eltern und Bruder und Allen, die ihr nahe standen.

Fr. Bremer und Frau, geb. Tügel.

Lübeck, den 19. Juli 1899.

Mittwoch Morgen 11 Uhr entriß uns der Tod unseren inniggeliebten kleinen **Andreas** im zarten Alter von 2 Jahren 4 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern und Großeltern und Allen, die ihm nahe standen.

Johs. Wulfram u. Frau, geb. Hendrichs.

Danksagung.

Allen Denen, die uns bei dem Ableben unseres lieben Sohnes und Bruders **Adolf** ihre Theilnahme bewiesen durch die reichen Kranzspenden und ihm das letzte Geleit gaben, sagen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank.

Fr. Deistler und Frau, nebst Kinder.

Gesucht ein Kutscher der in der Stadt Bescheid weiß Fischergrube 22.

Ges. z. 1. August ein **Mädchen** für alle vork. Arbeit. Frau **Grube,** Lachswehr-Allee 26.

Folkers' Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25 empfiehlt gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

en gros **Laternen** en détail in neuen geschmackvollen Mustern, zu **Gartenfesten u. Ausflügen** sehr billig empfiehlt **Lübeck, Lg. Lohberg 39. J. J. Lindrob.**

Da es für Jedermann nothwendig ist, mit dem Inhalt der **Reichsgesetze** bekannt zu sein, empfehlen wir:

Verfassung d. Deutschen Reiches	0,30 Mk.
Strafprozeßordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz	1,60 „
Civilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Einführungsgesetzen, Nebengesetzen und Ergänzungen	2,50 „
Gesetz betr. die Gewerbegerichte	0,50 „
Unfallversicherungsgesetz	2,— „
Krankenkassengesetz	1,20 „
Gewerbeordnung	2,00 „
Reichsgesetz betr. Abzahlungs-Geschäfte	1,— „
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichs-Strafgesetzen	1,— „
Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter zum Handgebrauch für alle bei Ausführung des Gesetzes Betheiligten	0,25 „
Dasselbe mit Erläuterungen von A. Bebel und P. Singer	0,50 „

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Prima haltbare Arbeitsschuh u. Breck. Stiefel und aller Art sonst. Schuhwaaren für Kinder, Damen, Herren. Filzpantoffeln, Turnschuhe empfiehlt in nur reeller Qualität billigst **Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.** Colonial-, Spirituosen-, Manufact.-, Garderob.-, Schuhwaaren-Handlung von **Rud. Kracht, Lübeck, Ratzeb. Allee 40.** Billige Preise. Ganze Ausstattungen werden auch nach Auswärts billigst empfohlen.

Achtung!

Ersuche die beiden jungen Leute, die mir in der Nacht vom Montag auf Dienstag meinen Wagen hinter meinem Zelt entnommen haben, denselben sofort wieder abzuliefern, werde sonst gerichtliche Schritte einleiten.

W. Lemcke, An der Mauer 41 a.

Zu miethen gesucht eine Wohnung mit Keller oder Hofplatz, am liebsten Hundestraße oder deren Nähe. Off. u. **M G** an die Exped.

Holst. Bruchkäse bei **H. L. Wiegels,** vorm. J. C. Bunge, Fischergrube 61.

Himbeeren, Kirschen, Johannisbeeren werden gemahlen und gepreßt Hüxstrasse 94.

Achtung! Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung am Freitag den 21. Juli im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung u. innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Tivoli-Theater. Freitag den 21. Juli. Benefiz für Joseph. Lutze. **Marianne, das Weib aus dem Volke.** Gemälde aus dem Volksleben in 5 Akten. Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 168. Freitag den 21. Juli 1899 6 Jahrgang.

Der Eid eines Polizeikommissars.

Vor dem Schwurgericht in Königsberg spielte sich vor einigen Tagen ein in mehrfacher Hinsicht interessanter Meineidsprozeß ab, der folgende Vorgeschichte hat: Am 30. August 1897 hat der Schutzmann Kögel den Zimmerer Zimmer, der — wie sich später herausstellte ohne jeden Grund — wegen Majestätsbeleidigung denunzirt worden war, verhaftet und ihn dem Polizeikommissar Marx vorgeführt. Auf dem Bureau soll der Kommissar auf eine Aeußerung Zimmers zu diesem gesagt haben: Das ist auch einer von den Lümmels, die die „Volks-Tribüne" lesen. Die Königsberger „Volks-Tribüne" hatte diesen Vorfall und die angebliche Aeußerung des Kommissars berichtet und ist deßhalb wegen Beleidigung des Polizeikommissars verurtheilt worden. In der betreffenden Gerichtsverhandlung hat der Kommissar Marx unter seinem Eide bestritten, die genannte Aeußerung gemacht zu haben, und der Schutzmann Kögel hat beschworen, er könne sich nicht entsinnen, daß er den fraglichen Ausdruck gehört habe. Zimmer, der als Zeuge mit voller Bestimmtheit bekundete, daß Marx die betreffende Bemerkung gemacht habe, wurde nicht vereidigt und seiner Aussage vom Gericht keine Glaubwürdigkeit beigemessen. Durch einen Bericht, den die „Volks-Tribüne" über diese Gerichtsverhandlung brachte, fühlte sich der Polizeikommissar wiederum beleidigt. Der angeklagte Redakteur wurde freigesprochen. In dieser Verhandlung trat ein Schutzmann Wilhelmy als Zeuge auf. Derselbe war, wie erst nach der ersten Verhandlung gegen die „Volks-Tribüne" mit vieler Mühe ermittelt worden ist, gleichfalls auf dem Polizeibureau zugegen, als Marx dem verhafteten Zimmer gegenüber gesagt haben sollte: Das ist auch einer von den Lümmels, die die „Volks-Tribüne" lesen. Während nun Marx abermals in Abrede stellte, diese Aeußerung gethan zu haben, bekundete Wilhelmy eidlich, daß er gehört habe, Marx habe diese Worte thatsächlich gesprochen. Marx behauptete dagegen, Wilhelmy sei bei dem in Rede stehenden Vorgang garnicht zugegen gewesen. Wilhelmy wurde in Untersuchungshaft genommen. Er stand nun am 10. d. M. unter der Anklage des Meineides vor dem Schwurgericht. Aus der Verhandlung, die zwei Tage währte, seien folgende Zeugenaussagen wiedergegeben: Zeuge Polizeikommissar Marx, einmal wegen schlechter Behandlung eines Untergebenen disciplinarisch bestraft, stellt die betreffende Aeußerung in Abrede. Wenn er sie gethan hätte, würde er nicht streiten, denn „was wäre denn dabei los". Der Zeuge giebt zu, daß er die Schutzleute oft schroff behandelt habe und zuweilen über die zulässigen Grenzen hinausgegangen sei. Auch den Angeklagten habe er beschimpft und zu ihm: „Satan von innen" oder etwas Aehnliches gesagt. Zeuge Schutzmann Kögel, der seiner Zeit den verhafteten Zimmer dem Kommissar zuführte, und der früher aussagte, er könne sich der Aeußerung von den Lümmels, die die „Volks-Tribüne" lesen, nicht entsinnen, macht jetzt ganz bestimmte, den Kommissar entlastende Aussagen und behauptet auch, Wilhelmy sei bei jener Gelegenheit nicht zugegen gewesen. — Zeugin Frau Zimmer, die Wittwe des inzwischen verstorbenen, s. Z. verhafteten Zimmer bekundet: Als sie von der Verhaftung ihres Mannes Kenntniß erhalten, habe sie sich nach dem Polizeibureau begeben und nach dem Grunde der Verhaftung gefragt. Nachdem ihr gesagt wurde, ihr Mann sei der Majestätsbeleidigung beschuldigt, habe sie ihre Verwunderung hierüber ausgedrückt. Dann habe der Kommissar Marx zu ihr gesagt: „Das sind die Früchte der Sozialdemokratie, das ist auch einer von den Lümmels, die die „Volks-Tribüne" lesen." Als ich dann weinte und klagte, schrie er mich an: „Heulen Sie nicht, brüllen Sie nicht, sonst werden Sie auch eingesperrt. — Zeuge Schutzmann Pein: Kögel erzählte mir damals, daß er einen Mann wegen Majestätsbeleidigung verhaftet habe, dem sei Marx gründlich in die Parade gefahren, so daß er und Wilhelmy auch kräftig haben lachen müssen. — Der Zeuge Kögel wird ihm gegenübergestellt und bestreitet das. — Zeuge Pein: Dem kommt es auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht an. Befragt, ob er nicht wisse, daß sich Marx den Schutzleuten gegenüber einmal wegwerfend über die Heiligkeit des Eides geäußert habe, theilt er mit: Marx sagte einmal, bei welcher Gelegenheit, weiß ich nicht mehr: „Wir schwören den Eid bei Gott, Gott ist ein Geist, ja S. . . . . Zeuge Jackschies: Zu ihm habe Kögel auch erzählt, daß er die beleidigende Aeußerung Marx' gehört habe. Doch nun habe er doch einmal geschworen und könne nicht mehr zurück. Zeuge Kögel bestreitet auch das. Zeuge Maurermeister Zucht: Mir hat der Schutzmann Kögel im Herbst 1897 von einer Verhaftung erzählt, wobei Marx den Verhafteten sehr grob angefahren habe. Dann erzählte er mir später, daß er es gar nicht mehr aushalten könne, da ihn Marx geradezu moralisch mißhandele. Er solle es durchaus nicht gehört haben, daß Marx geschimpft habe. Marx habe gesagt: „Was, Sie wollen etwas gehört haben? Na, warten Sie, Sie sollen es gut haben bei mir." Ich sagte ihm, er solle sich doch nicht beeinflussen lassen, sondern die Wahrheit sagen, was er nun auch versprach. Als ich ihn dann später wieder einmal traf und fragte, wie die Sache denn ausgefallen wäre, sagte er: „Na, der wurde bestraft, ich habe doch anders geschworen." Präs.: Kögel, was sagen Sie dazu? Zeuge Kögel: Die ganze Aussage ist Erfindung. Zucht sagt dem Kögel alles noch einmal ins Gesicht, worauf dieser sagt: „Das ist alles gelogen. Selbstredend sind Sie auch Anhänger der Partei." — Zeuge Schutzmann Buchmann: Kögel hat mir auch erzählt, daß er bei der Verhandlung anders ausgesagt habe und der Angeklagte verurtheilt wurde. Ich sagte ihm damals: „Mensch, dann sage doch jetzt wenigstens die Wahrheit aus, denn wenn Du das nun wieder beschwörst, dann hat Dich Marx ganz in der Hand, dann kannst Du gar nicht mehr von ihm los." Zeuge Kögel bestreitet auch das. Kommissar Marx beruft sich zur Bekräftigung seiner Behauptung, wonach Wilhelmy bei der Einlieferung Zimmers auf dem Bureau gar nicht zugegen gewesen sein soll, auf die in dem diese Angelegenheit betreffenden schriftlichen Rapport enthaltene Zeitangabe. Der Schreibsachverständige, Kanzleirath Dingler, begutachtet: Es habe den Anschein, als ob die betreffende Zahl nachträglich geändert worden sei.

Zeuge Zimmermeister Rösling: Frau Langner, die Frau eines Hausverwalters, hat mir vor längerer Zeit erzählt, daß Marx ihr unsittliche Anträge gemacht hat. Ich wurde viel mit Strafmandaten bedacht, auch hat der Schutzmann Ehlert den Antrag bei der Polizei gestellt, sie solle mich veranlassen, den Mann der Langner als Verwalter zu entlassen. Zeugin Frau Bennwich: Ich fand einmal ein verlaufenes Kind auf der Straße, nahm es zu mir, machte es satt und brachte es dann zu Herrn Marx auf's Bureau. Da sagte Marx: „Da greift Sie sich die Kinder auf und bringt Sie zu mir." Als ich einwendete, ich könne das verlaufene Kind doch nicht auf der Straße lassen, schnauzte er mich an: „Halte Sie die Fresse und gibble Sie nicht noch; bring' Sie das Kind zurück nach der Vorstadt, wo Sie es gefunden hat." Zeuge Marx bestreitet auch das wieder.

Zeuge Polizei-Inspektor Tausch stellt dem Kommissar Marx das Zeugniß aus, er sei ein tüchtiger Beamter, der aber infolge von Nervosität sich nicht selbst beherrschen könne, und dem die Zunge manchmal durchgehe.

Präs.: Was können Sie uns über die Glaubwürdigkeit des Marx sagen. Ist es vorgekommen, daß er es auch mit der Wahrheit nicht genau nimmt? — Zeuge Tausch (nach längerem peinlichen Schweigen): Beweise habe ich nicht. Es ist vorgekommen, daß er Berichte etwas geschminkt hat. — Zwei als Zeugen vernommene Polizeikommissare bekunden, daß der Angeklagte Wilhelmy ein gewissenhafter, anständiger Mensch sei, der jederzeit seine Pflicht gethan habe. Nach kurzer Berathung verneinten die Geschworenen die Schuldfrage; der Angeklagte wurde darauf freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Leipziger Töpfer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Aus Torgelow wird berichtet: Obwohl der Streik der hiesigen Metallarbeiter durch Vereinbarung beigelegt ist, muß der Zuzug nach hier nach wie vor streng ferngehalten werden, weil noch etwa 100 Mann ausgesperrt sind. — Die Stukkateure und Pliesterer in M.-Gladbach haben in Folge Ablehnung der eingereichten Lohnforderungen gekündigt. — Die Elberfelder Maurer sind in den Streik eingetreten. — Eine Montag in Bunzlau abgehaltene Distriktsversammlung der Steinmetzengewerkschaft beschloß den Generalstreik aller Sandsteinarbeiter Schlesiens, vorläufig mit Ausnahme der Stadt Breslau, zu proklamiren wegen Differenzen in der Auslegung des in Bunzlau noch bis zum 1. März 1900 gültigen Lohntarifs. Bis Montag Mittag waren in Bunzlau 444 Steinmetzen ausständig, außerdem waren 83 abgereist. Nach Berlin wurde ein Vertrauensmann der Steinmetzen abgesandt. — Zum Streik der Stuttgarter Möbeltischler wird gemeldet: Die Möbelfabrik Rall mit 170 Arbeitern hatte die Forderungen der Arbeiter bewilligt, die Arbeiter wollten am Montag Morgen die Arbeit beginnen. Auf Beschluß des Fabrikantenringes darf die Fabrik nicht geöffnet werden. Wer sind hier die „Friedensstörer?" — Der Steinhauerstreik in Zürich wurde nach vierzehntägiger Dauer durch einen Ausgleich beendigt.

Eine Explosion schlagender Wetter fand in dem ungarischen Bergwerk Gekavanlausnok statt. 28 Bergleute sind todt, 33 werden noch vermißt.

Ein erfreuliches Resultat haben die Herner Unruhen auch gehabt: sie haben die beiden Verbände der Bergarbeiter einander näher gebracht. Sofort nach Beginn des Streiks, der in Folge der für die Arbeiter ungünstigen neuen Bestimmungen des Knappschaftsstatuts ausbrach, wurde von beiden Seiten der Wunsch laut, bei den nächsten Knappschaftswahlen zusammen zu gehen und gemeinsame Forderungen aufzustellen. Wie der „Köln. Volksztg." aus Bochum gemeldet wird, hat die am Sonntag dort stattgefundene Versammlung der Knappschaftsältesten gemeinsames Vorgehen des alten Verbandes und des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter bei der am 22. Juli stattfindenden Ergänzungswahl des Knappschaftsvorstandes beschlossen und eine Kandidatenliste aufgestellt. Von 260 Aeltesten waren 162 anwesend. Ferner setzte die Versammlung eine zehngliedrige Kommission ein zur Ausarbeitung gemeinschaftlicher Forderungen für eine Knappschaftsreform. Die Vorsitzenden beider Verbände waren anwesend.

Asiatische Arbeiter in Peru. Aus Lima wird dem „Hamb. Corr." geschrieben:

Anfang vorigen Monats sind mit dem japanischen Dampfer „Sakura Maru" die ersten japanischen Landarbeiter, 832 Köpfe, eingetroffen und auf die Zuckerplantagen, deren Besitzer sie bestellt hatten, vertheilt worden. Die Zuckerplantagen-Verwalter hoffen durch die Japaner in den Stand gesetzt zu werden, ihre Maschinen Tag und Nacht hindurch Zuckerrohr mahlen zu lassen, was mit peruanischen Arbeitern nicht, oder doch nur unsicher, durchzuführen war. Obwohl die japanischen Unternehmer zu hoffen scheinen, daß nun weitere Bestellungen von Arbeitern erfolgen werden, werden die hiesigen Grundbesitzer damit doch wohl warten, bis sie über den Nutzen der zuerst gebrachten Arbeiter genügende Erfahrungen gesammelt haben werden. Die Ein-

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(75. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Ich werde Dich lebend finden," tröstete Taras, „und, so Gott will, stärker, als ich Dich verlassen. Aber wenn es Dir das Herz erleichtert —"

Der alte Mann schüttelte den Kopf.

„Nein", sagte er endlich zögernd, „ich will lieber noch warten, bis ich den Tod deutlich am Herzen fühle. Denn wenn ich vielleicht doch noch durch ein Wunder davonkäme und es Dir gesagt hätte, das wäre ja entsetzlich! Entsetzlich! . . . . Nein, geh' mit Gott, ich warte noch!"

Taras mußte, während er an der Spitze seiner Schaar dahinritt, viel an diese räthselhaften Worte denken. Dann aber nahm sein nächstes Vorhaben seine Gedanken völlig in Anspruch. Es glückte gleichfalls, wenn auch nicht ganz, denn wohl gelang es ihm, die Räuber zu umzingeln, aber der „grüne Giorgi" war nicht darunter. So mußte sich Taras denn begnügen, seine Spießgesellen zu richten. Die beiden Gefährlichsten unter ihnen ließ er erschießen, den Anderen Allen die Waffen nehmen und die Häupter kahl scheeren.

Als er wieder den Hof der Rosenko betrat, fand er den Knecht noch am Leben, aber sichtlich seiner letzten Stunde nahe. Gleichwohl begann der Alte nicht wieder von seinem Geheimniß zu sprechen, und Taras mochte ihn nicht darum fragen. Erst als er den Tod wirklich am Herzen fühlte, erschlossen sich seine Lippen. Es war um Mitternacht, er war lange mit geschlossenen Augen dagelegen, dann aber versuchte er sich plötzlich aufzurichten und starrte dem schönen, bleichen Mädchen, welches an seinem Lager saß, ängstlich in's Antlitz.

„Tatiana," flüsterte er, „um Gott! Wo ist mein Herr? Hole ihn — ich sterbe."

Sie eilte, den Wunsch zu erfüllen.

Taras trat an das Lager des Sterbenden und faßte seine Hand. „Schicke erst das Mädchen fort," flüsterte der Sterbende. Und erst als Tatiana gegangen war, begann er:

„Ich habe Dir ein Geständniß zu machen und ein Versprechen abzufordern. Höre, ein Sterbender kann nicht viele Worte machen. Weißt Du, was Deiner schließlich doch harrt?"

Taras starrte schweigend zu Boden.

„Der Henker!" flüsterte der Alte schaudernd. „Das ist ein schlimmer Tod, Taras! — viele Qual und dann die große Schmach für die Nachkommen! Und darum war ich fest entschlossen, Dich, mein armer, lieber, lieber Herr, davor zu bewahren. Ich schwor mir zu, wenn wir etwa umstellt wären und uns keinerlei Hoffnung bliebe, lebend zu entrinnen, Dich mit eigener Hand zu erschießen."

„Jemilian!"

„Entsetze Dich nur — es ist die Wahrheit, und nie hat Dir ein Mensch größere Liebe erwiesen, als ich, da ich mir dies zuschwor. Denn was es für mich bedeutet hätte, Dich zu tödten, kannst Du Dir selbst sagen. Aber Du bist der edelste Mensch, der je gelebt, und ein solcher Mensch soll nicht langsam und stückweise durch des Henkers Strick zu Tode gequält werden . . ."

Taras war, keines Wortes mächtig, neben dem Lager in die Kniee gesunken und barg sein Haupt in die Felldecke, welche die Glieder des Sterbenden umhüllte. Dieser aber fuhr fort:

„Gott wehrt es mir, Dir diesen letzten Liebesdienst zu erweisen. Aber ich kann nicht ruhig sterben, ehe ich Dich und die Deinigen, die lieben Kindlein, die ich mit aufziehen geholfen, vor diesem Schicksal bewahrt. Darum bitte ich Dich, versprich es mir, Dich selbst, wenn es zum Aeußersten kommt, davor zu bewahren."

„Ich kann nicht," stöhnte Taras.

„Warum? Armer Herr! Du fürchtest ja den Galgen so sehr! Nicht den Tod, aber den Strick! Der bloße Gedanke füllt Dich mit entsetzlichem Ekel. Ich weiß es, Herr, ich kenne Dich ja so genau! Aus keinem andern Grunde hast Du ja selbst dem schlimmsten Schurken, den wir gerichtet, den Tod durch Pulver und Blei gegönnt. Und Dir selbst willst Du ihn versagen! Warum?"

„Es wäre eine Feigheit und eine Versündigung gegen Gott!"

„Gott wird Deine Seele mit gleicher Gerechtigkeit und Barmherzigkeit richten, ob Du einen Monat früher oder später vor seinen Richterstuhl trittst! . . . Und gar eine Feigheit! Ich verstehe Dich nicht . . ."

„Eine Feigheit!" rief Taras leidenschaftlich. „Mir ist durch mein Schicksal die Pflicht auferlegt, ein Hüter des Rechtes zu sein und Gottes sichtbaren Willen auf Erden zu vollstrecken. Von dieser Pflicht darf ich mich nicht selbst befreien. Nehmen sie mich gefangen, so werde ich noch immer hoffen, ihnen entrinnen und meine Pflicht ferner erfüllen zu können. Und selbst im Angesichte des Galgens wird mich die Hoffnung nicht verlassen, daß Gott seinen Streiter durch ein Wunder errettet".

Der Sterbende erwiderte nichts. Er sank in die Kissen zurück und schloß die Augen. Taras beugte sich über ihn. Da schlug er diese treuen Augen noch einmal auf und flüsterte kaum vernehmlich: „Leb' wohl, lieber Herr, und möge Deine Sterbestunde leicht sein." Dann athmete er tief auf und starb.

Sie bahrten ihn am nächsten Morgen auf, wie es Sitte ist in den Bergen. Zu Häupten ein mächtiges Kruzifix, aber zur Rechten ein Krüglein Wasser, zur Linken Salz und Brod, am Fuße das Fell eines eben geschlachteten Zickleins „für die anderen Götter". Zwei Tage später begruben

führung von Asiaten nach Peru hat hier viele Gegner, die hervorheben, daß dadurch die an sich schwächliche Arbeiter-Bevölkerung von Peru, die jetzt schon neben den eingeborenen Indianern aus Mischlingen von diesen mit Weißen, Negern und Chinesen besteht, noch mehr verschlechtert werde. Es wird daher in den Zeitungen bereits gegen solche Einführung geschrieben und die Regierung aufgefordert, die Einwanderung nur höher stehender Rassen zu gestatten. Auch von Mißhelligkeiten zwischen den Japanern und den eingeborenen Landarbeitern verlautet schon jetzt. Die Letzteren sehen die Neuangekommenen mit scheelen Augen an, weil diese etwa den doppelten Tagelohn erhalten wie die Peruaner. Die Peruaner erhalten 40 bis 50 Centavos pro Tag (80 Pfg. bis 1 Mk.) neben freier Station, während die Japaner 10 Centavos pro Stunde und für Ueberstunden und Nachtarbeit noch mehr erhalten. Die Zugewanderten werden daher den Feindseligkeiten der peruanischen Arbeiter ausgesetzt sein, und da die Japaner eigenwillig, selbstbewußt und rachsüchtig sind, auch untereinander sich unterstützen und zusammenhalten, so wird es an Unannehmlichkeiten nicht fehlen, wenn es nicht gelingt, die beiden Rassen stets ganz getrennt von einander arbeiten zu lassen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Völlig begnadigt wurde der im Jahre 1873 vom Schwurgericht zu Bochum wegen Ermordung seiner Ehefrau zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilte Arbeiter F. aus Wetter in Westfalen. Seine gute Führung in der Strafanstalt sowie die wiederholten Gnadengesuche seiner Kinder und Anverwandten haben nunmehr die Freilassung des Mannes aus dem Zuchthause zu Sonnenburg nach 26jähriger Inhaftirung herbeigeführt. Der Begnadigte, der inzwischen 64 Jahre alt geworden ist, hatte sich seiner Zeit sofort nach der von ihm verübten Blutthat freiwillig der Behörde gestellt. — Eine weitere Begnadigung wird aus Rappoltsweiler im Elsaß gemeldet. Der dortige Weinhändler Dr. Georg Hommel, der vor einiger Zeit von des Strafkammer in Colmar wegen Weinverfälschung und Betruges zu sechs Wochen Gefängniß und 100 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde, ist jetzt zu einer Gesammtgeldstrafe von 10 000 Mark begnadigt worden. — An Reichsmünzen sind in den deutschen Münzstätten im Juni geprägt worden: für 6 377 940 Mark Doppelkronen, für 459 990 Mark 5 Mark-Stücke, für 112 174,15 Mark 5 Pfennig-Stücke, für 35 121,13 Mark 1 Pfennig-Stücke. — Bei einem heftigen Gewitter suchten die vier Kinder des Kolons Budde in Rippelsbaum Schutz in dem Hause des Kötters Picker. Kaum waren sie eingetreten, als ein Blitzstrahl in das Haus einschlug und zwei der Kinder, einen 11jährigen Knaben und ein Mädchen von 13 Jahren, tödtete. Ein 14jähriges Mädchen wurde nur leicht verletzt. — Eine Stadt ohne Klavier ist heutzutage jedenfalls ein Unikum, das besonders registriert zu werden verdient. Eine solche Stadt ist Maros-Ujvar (Ungarn), wo der Opernsänger Odry und ein Klaviervirtuose ein Konzert veranstalten wollten. Der Tag war für das Konzert schon anberaumt, und die Künstler waren im Städtchen schon eingetroffen. Das Konzert hat aber nicht stattgefunden; es mußte abgesagt werden. Es stellte sich nämlich heraus, daß in der ganzen Stadt kein Klavier existirte. Glückliche Stadt! — Auf dem Ostbahnhof in Budapest entstand Dienstag Mittag durch eine Explosion von Benzin ein großes Feuer in einem Magazin. Das Magazin selbst brannte nieder, es gelang jedoch der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. — Ueber eine tragische Vergiftung berichtet man aus Genua: Die Priester Giambattista Verri las in der Kapelle des Priesterseminars zu Serravalla Scivia Messe. Kaum hatte er den Abendmahlkelch geleert, als er bewußtlos zusammenstürzte. Man verbrachte ihn nach der Sakristei und schickte nach dem Arzte. Aber eher dieser kam, verschied der unglückliche Mann. Eine Untersuchung des Kelches ergab, daß der Meßdiener dem Priester aus Versehen statt des Meßweines eine giftige Flüssigkeit, die zum Reinigen der Kandelaber diente, gereicht hatte. — In Australien hat man sich seit Langem mit der Ausrottung der Kaninchen befaßt. Nunmehr aber hat sich eine Industrie gebildet, die aus dem bisher als schädlich verfolgten Thiere Nutzen ziehen will. Die Kaninchen werden in gefrorenem Zustande als Konsumartikel in das Ausland ausgeführt. Wie die „Revue scientifique" berichtet, wurden schon im Jahre 1897/98 nur von Neu-Seeland 2 250 000 gefrorene Kaninchen und 7 750 000 Häute exportirt. Es giebt Firmen, die täglich 15—20 000 Kaninchen ausführen, und den Jägern, die sie ihnen verkaufen, bis 20 000 Franks die Woche bezahlen. So ist das früher als Landplage betrachtete Kaninchen zu einer bedeutenden Einnahmequelle geworden.

„Vielleicht". Die „Rhein.-Westf. Arb.-Ztg." schreibt: Anfang April brachte der „Westf. Merkur" in Münster eine Notiz aus Horst-Emscher, worin der Schalker Polizei der Vorwurf gemacht wird, sie habe ein Mädchen durch unberechtigte Verhaftung an der Theilnahme an der heiligen Kommunion gehindert. Dieser Artikel fand Eingang in die Spalten der meisten Blätter Rheinland-Westfalens. Hier in Dortmund nahmen ihn alle Blätter bis auf eines auf. Auch in unserer Zeitung fand sich die Notiz vor. Die Schalker Polizei schickte darauf an mehrere Blätter, so die „Köln. Ztg." Berichtigungen, später auch eine an uns. Strafantrag wegen Beleidigung wurde aber bis jetzt nur gegen die „Rhein.-Westf. Arbeiterzeitung" erhoben. In der am Sonnabend stattgehabten Verhandlung gegen unseren Redakteur Genossen Lebius erhob dieser den Einwand, daß er für die Notiz nicht verantwortlich gemacht werden könne, weil die Redaktion der „Rhein.-Westf. Arbeiterzeitung" die Notiz nicht zum Abdruck gegeben habe. Es wurde deshalb ein neuer Termin angesetzt, zu dem eine Anzahl Zeugen geladen werden sollen. Zum Schluß fragte Genosse Lebius den Vorsitzenden Herrn Landgerichtsdirektor Mademacher, wieso nur gegen die Arbeiterzeitung Anklage erhoben worden sei. Diese Frage erregte am Richtertisch allgemeine Heiterkeit und der Vorsitzende erwiderte: „Woher wissen Sie, daß die andern nicht angeklagt werden. Vielleicht bekommen die auch noch eine Anklage.

Künstliche Kohlen. Ein Mannheimer Arbeiter mit Namen Montag hat eine weittragende Erfindung gemacht. Er hat eine künstliche Masse hergestellt, die an Stelle der Steinkohle zu treten bestimmt sein soll. Die Masse soll aus Mischung von Lehm, Torf und metallischen Abfällen bestehen, bedeutend größere Heizkraft wie die Steinkohle besitzen und einen Aschenrest von nur 20 Prozent zurücklassen. Der Preis der künstlichen Kohle ist wesentlich billiger als der Preis der gewachsenen Kohle. In den letzten Wochen sind wiederholt Brennversuche mit der künstlichen Kohle gemacht worden, die im Beisein hervorragender Sachverständiger stattgefunden haben. Die Ergebnisse waren so überraschende, daß sich alsbald eine Finanzgruppe zur Errichtung einer Kohlenfabrik gebildet hat. Diese steht mit der Gemeinde Hockenheim bei Schwetzingen wegen Ankaufs von 200 Morgen Land in Unterhandlung. Nach der „Kölnischen Volkszeitung" waren vor einigen Tagen auch Betheiligte aus Berlin, Hamburg, Köln, Straßburg, London und sogar aus Newyork in Mannheim, um Brennversuchen mit der neuen Kohle beizuwohnen. Alle Theilnehmer waren von der Tragweite der neuen Erfindung überzeugt. Ehe man nun freilich sich mit den etwaigen Folgen der Erfindung näher beschäftigt, wird man gut thun, die ersten Erfolge der Kohlenfabrik in Hockenheim abzuwarten. Jedenfalls verzeichnen wir heute mit Genugthuung an dieser Stelle die Erfindung eines deutschen Arbeiters.

Die Folter in Ungarn. Immer grauenhaftere Details über die in Mocsa verübten Torturen und immer skandalösere Einzelheiten über die Nachsicht werden bekannt, die man den bestialischen Beamten gegenüber bekundete. Stefan Kovacs erzählte, daß nicht seine Fußsohlen und Beine mit brennendem Spiritus malträtirt wurden, sondern daß seine Peiniger Zeitungspapier mit Spiritus tränkten, anzündeten und auf seine Geschlechtstheile legten, so daß ihm bis zum Nabel Fleischfetzen vom Unterleib hingen. Als sie ihn — wie bereits gemeldet — an den auf den Rücken gebundenen Händen an einen Wandhaken hängten, verlor er das Bewußtsein, worauf ihm der Gemeindenotar Ludwig Göbel in Gegenwart der übrigen Verhafteten mit den Worten: „Na, davon wirst Du gleich zu Dir kommen!" die brennende Cigarre in die Nase bohrte. Das eiferte den Rechnungsrevisor Molnar so an, daß er den Kovacs mit einer Kohlenschaufel auf den Mund schlug, so daß diesem ein Zahn ausgebrochen wurde, den er in seinem Schmerz verschluckte. Der Gemeindenotar Göbel war ein Intimus des Stuhlrichters Szabo und des Rechnungsrevisors Molnar, die ihn zu kontroliren hatten. Die „Freunderln" brachten manche Nacht in gemeinschaftlichen Zechgelagen zu; als die Gemeindekasse bestohlen wurde, galt es also, den „Gevatter" Göbel aus der Patsche zu ziehen. Dieser hatte das Geld anstatt in der vorhandenen feuerfesten Kasse in einem hölzernen Kasten bewahrt, so daß es dem Schmiedemeister Desider Toth, der dies einige Tage vor dem Einbruch wahrgenommen hatte, ein Leichtes war, zu dem Gelde zu gelangen. Nach vier Tage währenden Foltern, die das ganze Dorf mit Entsetzen erfüllten, war es das Weib Desider Toths, das, von Gewissensbissen gepeinigt, den wirklichen Thäter, ihren Mann, anzeigte, um dem Wüthen der Bestien Einhalt zu thun. Als das vom Einbruchsdiebstahl noch vorhandene Geld herbeigeschafft war, erpreßten die drei famosen Beamten dem Schwiegervater Toths die fehlende Summe — jetzt endlich war „Bruder Göbel aus dem Wasser". Und all' das wußten sehr bald die höheren Komitatsbehörden, aber sie ließen die verbrecherischen Scheusale in Amt und Würden, als ob nichts geschehen wäre, nicht einmal eine Disziplinaruntersuchung wurde angeordnet; es waren ja „nur einige lumpige Bauern und Bauernweiber" gemartert worden. Der Obergespan Aurel Sarközy des Komorner Komitats ist einer der berüchtigtesten Wahlmacher der Regierungspartei, und die verbrecherischen Beamten sind von ihm gewiß als tüchtige Handlanger bei dieser unsauberen „politischen" Thätigkeit geschätzt. Als man ihm nahelegte, gegen die drei Scheusale einzuschreiten, da das ganze Komitat von den Mocsaer Vorgängen Kenntniß habe, antwortete er, amtlich habe er von alledem keine Kenntniß. Und acht Monate lang blieben die Elenden unbehelligt. Jetzt freilich, nachdem sie der Komorner königliche Gerichtshof unter Anklage gestellt hat, wurden sie von ihren Stellen entfernt. Aber selbst jetzt noch hatte Jemand vor aller Welt die Stirn, die beamteten Schurken in Schutz zu nehmen. In der am 11. Juli abgehaltenen Sitzung der Komorner Komitatskongregation opponirte ein gewisser Nikolaus Sandor dagegen, daß gegen die drei Hauptschuldigen das Disziplinarverfahren eingeleitet werde, weil erst das Resultat der Appellation gegen den Anklagebeschluß abgewartet werden müsse. Man ersieht daraus, wie weit die Schamlosigkeit in Ungarn gehen kann.

Abermals ein Fall von Folterung eines Angeklagten wird aus dem interessanten Magyarenland, dem „freien" Ungarn, gemeldet. Der Gerichtshof in Neutra verurtheilte s. Zt. einen Angeklagten wegen vorsätzlicher Tödtung zu sechs Jahren Zuchthaus. Das Oberste Gericht kassirte jetzt das Urtheil und sprach den Angeklagten frei, weil sich herausstellte, daß sein Geständniß mittels Folterungen erzwungen wurde. Dem Angeklagten wurden während der Untersuchung beide Hände über dem Kopf befestigt, und so wurde er gezwungen, stundenlang auf einem Fuße zu stehen. Unter dieser Qual gestand er das Verbrechen ein.

Wie man auf Ponape kocht. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß auf den mikronesischen Inseln die Töpferei fast ganz in Abnahme gekommen ist. Meistens sind hölzerne Gefäße im Gebrauch, und wo sich die primitive Fabrikation von Töpferwaaren noch erhalten hat, werden die irdenen Gefäße der Mikronesier bald von den eisernen Töpfen der Weißen verdrängt. Für einen Haushalt in Ponape ist der „ainpot" unentbehrlich, ein Gefäß, das abwechselnd dazu gebraucht wird, immense Quantitäten von schwarzem Thee zu brauen und Yamswurzeln und Kokosnußmilch zu kochen. Natürlich kommt es dabei häufig zu einer Vermischung des Geschmacks. Die rohe Nahrung wird in einem Erdhofen zubereitet. Allgemein verbreitet ist in Ponape das Kochen in Gruben. Die Fische werden häufig auf der glühenden Asche von getrockneten Kokosnußschalen — dem hauptsächlichen Brennmaterial — geröstet. Ein wichtiges Küchengeräth ist bekannt als „Kaschal". Es ist ein länglicher hölzerner Trog mit flachem Boden, an beiden Enden zugespitzt, wie der Bug eines Schiffes. Man benutzt ihn dazu, verschiedene schmackhafte Speisen von Yamswurzel, Taro, Bananen, Wegerich oder Brodfrucht, gemischt mit Kokosnußmilch und Salzwasser, zu bereiten. Keine wohlgeordnete Häuslichkeit kann endlich ohne einen Stock auskommen, der zum Abschälen der fasrigen Umhüllung der Kokosnüsse gebraucht wird. Es ist ein starker, an beiden Enden zugespitzter Stock aus Mangroveholz.

Königl. pensionirte Hoftheaterfeuerwächterstochter. Einen hübschen Beleg für die Titelsucht liefern die „Münchener Neuesten Nachr." in einer ihrer letzten Nummern. In einer Familienanzeige wird nämlich dem Fräulein Marie Sch. der hübsche Titel „königl. pensionirte Hoftheaterfeuerwächterstochter" beigelegt. — Alle Wetter!

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 43. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Wille gegen Wille. — Die Konzentration der Betriebe in Oesterreich. Von Ernst Berner. — Tugan-Baranowskij's Forschungen zur Geschichte des Kapitalismus in Rußland. Von J. Karski. — Die Krawalle von Herne. Von Otto Hué-Essen. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Knauer. (Schluß).

---

sie ihn unter einer mächtigen Tanne des Dembronia-Waldes. Kein Priester sprach seinen Segen, nur der alte Hilarion flüsterte, ehe sie die Grube schlossen, seine uralten Sprüche, welche sich, gleich geehrt und gleich unverstanden, seit grauen Tagen bis heute vererbt. Sie schaufelten die Erde darüber, schossen ihre Flinten ab und kerbten vorne ein großes Kreuz in den Baum, zur Rechten und Linken aber seltsame Zeichen „für die anderen Götter".

Dann schritten sie aus dem Walde zurück nach dem Hofe, wo das Trauermahl gerüstet war. Vor der Hecke gewahrte Taras einen Jüngling, bei dessen Anblick er vor Ueberraschung aufschrie.

Es war der Jungknecht Halko. Mit feuchten Augen stürzte der treue Bursche auf seinen Herrn zu und küßte seine Hand. „Gottlob", schluchzte er, „nun hat alle Trübsal ein Ende! Dein Weib und Deine Kinder sind frei! Sie harren Deiner im Weiler Magura, eine Stunde von hier".

„Mein Pferd!" rief Taras seinen Leuten zu. „Und warum sind sie nicht hiehergekommen?"

„Der beiden Herren wegen. Die wollten nicht weiter und meinten: „Taras soll nicht vermuthen, daß wir sein Lager auskundschaften wollen. Nämlich unser Väterchen Leo und der alte Herr aus der Stadt, welcher einst Deine Sache vor den Schreibern geführt hat."

„Was wollen sie von mir?"

„Nur Gutes, Herr! Die Gemeinde soll ihren Acker zurückerhalten und alles Unrecht gutgemacht werden."

Taras erbleichte, dann schlug glühende Röthe über sein Antlitz, um wieder einer fahlen Blässe zu weichen. Doch that er keine Frage mehr. Er bestieg sein Pferd und jagte so rasch den Pfad thalab dem Weiler zu, daß ihm Halko kaum zu folgen vermochte . . .

Das Widersehen der beiden Gatten war tief ergreifend. Als Taras vom Pferde sprang, stürzte er, ohne die Umstehenden eines Blickes zu würdigen, auf Anusia zu, die mit einem wilden Schrei in seine Arme flog. So standen die Beiden lange in innigster Umarmung, ohne ein Wort zu sprechen; nur ihre Thränen flossen vereint. Dann machte sich Taras frei und stürzte auf die Kinder zu. Die kleine Tereska begann vor Schreck zu weinen, als der fremde, grauhaarige Mann sie emporriß und ihr Antlitz mit Küssen bedeckte; das Kind erkannte den Vater nicht, ebenso der jüngere Knabe. Nur der Aelteste, Wassilj, rief schluchzend: „Ach, Vater, Du bist gewiß recht krank gewesen!"

Taras erwiderte nichts, er nahm den Knaben auf's Knie, liebkoste ihn innig und schloß ihm den Mund mit Küssen, wenn er sprechen wollte. Es war, als fürchtete er, daß ihm jedes Wort die Seligkeit dieser Stunde zerstören müßte. Auch mied er es ängstlich, den Popen oder den Advokaten auch nur anzublicken, geschweige denn zu begrüßen. Immer wieder hob er die Kinder auf seinen Schooß, zog dann sein Weib neben sich nieder und strich ihr mit sanfter Hand über das verhärmte Antlitz und die früh gefurchte Stirne. „Sprich nicht", bat er, „kein Wort." Sie nickte, lehnte das Haupt an seine Brust und weinte sich da still aus.

Die beiden Herren hielten sich weit abseits und lugten nur zuweilen verstohlen auf das rührende Bild. „Es wird gelingen", flüsterte Starkowski dem Priester zu. „Möge es Gott so wenden", erwiderte dieser bewegt; er schien die Zuversicht seines Begleiters nicht zu theilen.

So mochte eine halbe Stunde seit der Ankunft des Taras verflossen sein. Da richtete er sich auf und küßte und umarmte noch einmal sein Weib und die Kinder, mit einer leidenschaftlichen Innigkeit, als gälte es, wieder Abschied von ihnen zu nehmen. Dann trat er auf die Beiden zu und begrüßte sie freundlich, wenn auch gedrückt, fast bange. „Und was bringt Ihr mir?" fragte er endlich.

„Uns sendet das Kreisamt", begann Starkowski, zog ein Schriftstück hervor, übersetzte und erläuterte es. Es war ein Ersuchsschreiben des Kreishauptmanns, an die beiden Herren gerichtet, welches jenes Reskript der Wiener Regierung in getreuer Umschreibung mittheilte. „Morgen", schloß der Advokat, „trifft der Kreishauptmann in Zulawce ein, die Untersuchung zu führen. Da er Alles aufbieten wird, die Wahrheit zu erkunden, so wird der Acker ohne Zweifel wieder der Gemeinde zugesprochen und der Frevel des Meineids sowohl an Jenen, die ihn begangen, als auch an dem Schurken, der ihn angestiftet, auf das strengste gestraft werden. Dies wird, wie ich Dir verlesen, jedenfalls geschehen, wie immer Dein Entschluß lauten möge; denn nicht aus Furcht vor Dir, sondern um des Rechtes willen ist es angeordnet. Dich aber fragen wir, ob Du nun noch einen Grund hast, dem Kaiser, dem Hüter und Schützer des Rechts, den Gehorsam zu weigern?"

Taras stand schwer athmend da; aber er erwiderte nichts.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. —
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.